

Annoncen-
Annahme-Bureaus.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmsstr. 17)
bei C. H. Ulrich & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Streisand,
in Lübeck bei Ph. Matthias.

Annahme-Bureaus.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. F. Daube & Co.,
Hasenstein & Vogler,
Rudolph Mose.

In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendenk“.

Posener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Jr. 13.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 7. Januar.

Anserate 20 Pf. die sechsgesetzte Zeitzeile über deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage *Mittwoch* 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Eine Erinnerung.

○ Berlin, 5. Januar.

Der frühere Landtags-Abgeordnete Herr Lipke hat allen Verehrern Karl Tweten's soeben eine sehr willkommene Gabe dargeboten, indem er im neuesten Heft der „Deutschen Revue“ eine Anzahl Briefe, welche dieser für den deutschen Liberalismus viel zu früh verstorbene Mitbegründer der national-liberalen Partei an ihn während der Jahre 1861 — 70 gerichtet, veröffentlichte. Die Briefe enthalten nicht gerade viel Neues, aber sie bieten zu dem Bekannten mancherlei charakteristische Illustration dar, und es ist nicht ohne politischen Werth, daß sie gerade im gegenwärtigen Augenblide an die spezielle Stellung mahnen, welche Tweten in der national-liberalen Partei und zu dem Reichstanzler einnahm. Wir kommen darauf gleich zurück. Vorher sei kurz an die ebenso rasch vorübergegangene, wie bedeutsame öffentliche Tätigkeit Tweten's erinnert: nimmt doch heute an der Politik bereits eine Generation Theil, deren auf eigenem Erlebniß beruhende Kenntniß der auch auf die gegenwärtigen Vorgänge noch immer einwirkenden Thatsachen unserer neuesten Geschichte kaum hinter das Jahr 1870 zurückreicht. Der Stadtgerichtsrath Tweten lenkte die allgemeine Aufmerksamkeit im Frühjahr 1861 auf sich durch eine Broschüre „Was uns noch retten kann“, welche ihm ein Pistolduell mit dem darin angegriffenen damaligen Chef des Militärbüros, jetzigen Feldmarschall von Manteuffel, und dabei einen Schuß in den Arm zuzog; im Herbst desselben Jahres wurde er zum ersten Mal in das Abgeordnetenhaus gewählt, in welchem er alsbald einer der Führer der Fortschrittspartei ward; mit fühlbarem, realpolitischem Blicke, der ihn bereits 1864, im Gegensatz zu seinen meisten Parteigenossen, die schleswig-holsteinische Politik Bismarck's rückhaltlos anerkennen ließ, verband er die tapferste, keiner Autorität gegenüber die eigene Selbstständigkeit verleugnende, liberale Gesinnung; sein Vater, der inzwischen auch verstorbene Oberkonfessorialrat Tweten, hat sie treffend gekennzeichnet, indem er auf den Grabstein des Sohnes den Spruch setzen ließ: „Du hast geliebt die Gerechtigkeit und gehasst die Ungerechtigkeit“. Derselbe Mann, der, dem Scherbergericht seiner damaligen Berliner Wähler trocken, im Militärkonflikt eine Vermittelung suchte und als einer der Ersten die Bismarcksche auswärtige Politik anerkannte, stand in dem Kampfe gegen Verfassungsverleugnung und ministerielle Willkür so manhaft in der ersten Reihe, daß gerade an seinen Namen die schärfste Zuspitzung des Verfassungstreites, der Angriff auf die parlamentarische Redefreiheit sich knüpfte. In Folge der gegen ihn eingeleiteten Prozesse schied er aus dem Staatsdienste aus. Im Frühjahr 1869 erkrankt, starb er am 14. Oktober 1870, während der ersten Phase des französischen Krieges. Drei Monate vorher schrieb er vom Krankenbett aus an Herrn Lipke: „Da an eine parlamentarische Tätigkeit für die nähre Zukunft nicht mehr zu denken, habe ich natürlich auf Wiederwahl verzichtet. So scheide ich denn aus der politischen Tätigkeit — mit einem gebrochenen Arm, Verlust von Amt und Einkommen, gänzlich zerrütteter Gesundheit, ohne irgend etwas gewirkt und erreicht zu haben. Die Jungen haben Glück, bei einer Änderung hätte ich doch am meisten gethan, ihrem Regiment einen Siegel vorzuschreiben.“

Es war die Stimmung eines hoffnungslosen Krankenlagers, welche aus diesen Worten sprach; in Wahrheit hatte Tweten sehr viel „gewirkt und erreicht“: ohne die tapfere Vertheidigung der Verfassung bis 1866, wobei er einer der Führer gewesen, hätte man nach den großen Erfolgen des österreichischen Krieges doch vielleicht die zeitweilige Befestigung des Konstitutionalismus versucht, auf welche nach dem späteren, öffentlichen Zeugnis des Reichstanzlers 1866 die feudale Partei hindrangte; und Tweten hat ferner, indem in erster Reihe er das Ausscheiden der Nationalliberalen aus der Fortschrittspartei bewirkte, dem Liberalismus dasjenige Maß von Einfluß auf die Entwicklung der inneren Verhältnisse sichern, welches er in dem Jahrzehnt 1867 bis 77 geübt. Tweten, wie gesagt, war einer der Begründer der national-liberalen Partei; an die Stellung, welche er in dieser einnahm, im rechten Augenblick zu erinnern, ist das Verdienst der Lipke'schen Veröffentlichung. Wir haben jüngst einmal an dieser Stelle die Bemerkung gemacht, die heutige Erörterung öffentlicher Angelegenheiten in Deutschland bestehet zu einem nur allzu großen Theile aus sables convenues; eine davon ist, daß die national-liberalen Partei eigentlich ihrer Natur und ihrer Entstehung nach eine wesentlich gouvernemente Partei sei, welche nur zeitweilig durch den „unheilvollen Einfluß“ Lasker's vom rechten Wege abgekommen, sich desselben aber sofort wieder — wie z. B. jetzt im Abgeordnetenhaus — wohl bewußt werde, sobald dieser Einfluß beseitigt worden; die Offiziären haben diese Weisheit verkündet, und nun „preisen die Schüler es aller Orten“. Aber es ist nicht wahr. Die Stellung der Nationalliberalen, wie Tweten und mit ihm die meisten seiner Genossen sie während der ersten Jahre verstanden, war die einer

entschieden liberalen, ihres prinzipiellen Gegensatzes wider die am Ruder befindliche konservative Regierung sich vollkommen bewußten Partei, welche um der nationalen Politik Bismarck's willen diesen von Fall zu Fall unterstützte, aber nur so, und mit dem steten Vorbehalt der Opposition, sobald und so weit sie mit ihm nicht einverstanden sein würde. Erst die spätere, allmäßige Überflutung des ursprünglichen Kernes der Partei durch unselfständige Elemente und bloße Zweckmäßigkeit-Politiker, so wie die allmäßige Erschlaffung Anderer, welche, heute sehr „rechts“, damals nicht viel anders dachten, als Tweten, hat jenem Gerede einen Schein von Glaubwürdigkeit ermöglicht. Wer unter den Nationalliberalen heute auf eine selbstständige und selbstbewußte liberale Politik dringt, der verlangt nur die Rückkehr zu dem ursprünglichen Standpunkte der Partei, zu dem Standpunkte Tweten's. Ein „doktrinärer“, „unpraktischer“ kann dieser aber nicht gewesen sein, denn, wie wir aus Herrn Lipke's Kommentar zu den von ihm veröffentlichten Briefen erfahren, hat Fürst Bismarck zu einer Zeit, als zwischen ihm und Tweten das Tischtuch bereits wieder zerschnitten war, geäußert: „Mit Tweten glaubte ich noch einmal im Ministerium zu sitzen“; und während der Krisis von 1866, als man sich darauf gefaßt machen mußte, daß die kriegerische Entscheidung auch gegen Preußen ausfallen könnte, und Bismarck deshalb auf alle Fälle mit der Opposition des Abgeordnetenhauses anknüpfte, hat er zuerst Tweten zu sich gebeten und diesen, wie man aus einem der Briefe er sieht, veranlaßt, einen Entwurf für die Thronrede anzufertigen, durch welche der Konflikt abgeschlossen werden sollte. Als am 5. August 1866 der Landtag eröffnet wurde, war die Thronrede zwar nicht die von Tweten entworfene, doch einen Gedanken dieses Entwurfs hat sie sich angeeignet, nämlich die Anerkennung der Verfassungswidrigkeit der in den letzten Jahren gemachten Staatsausgaben und daß in Bezug auf die ohne Staatshaushaltsgesetz geführte Verwaltung Indemnitätsertheilung beantragt wurde.

Wie an die politische Stellung Tweten's, so an seine persönlichen Beziehungen zum Reichstanzler zu erinnern, ist heute von Interesse. In der Zeit der Kämpfe um die Verfassung des norddeutschen Bundes, welche Tweten sowohl im Reichstag wie im preußischen Landtag gegen die Angriffe von rechts und links verteidigte, war das Verhältnis zwischen dem Reichstanzler und Tweten ein sehr freundliches, nicht nur in politischer, sondern auch in sozialer Beziehung. Aber als die Regierung aus einer ausschließlich und ausdrücklich zur Deckung der Kriegskosten bewilligten Anleihe die Entschädigungssumme für den König von Hannover und den Herzog von Nassau entnommen und Tweten dieses Verfahren in einer Kommission des Abgeordnetenhauses objektiv als einen „Vertrauensbruch“ bezeichnet hatte, verließ der Kanzler die Sitzung, weil er keine Beleidigungen anzuhören verpflichtet sei und beruhigte sich auch weder bei der Erklärung des Vorsitzenden der Kommission, daß er keine persönliche Beleidigung in der Auseinandersetzung erblüht habe, noch bei der Tweten's, er habe keine beabsichtigt. Bei einem späteren Anlaß hatte eine Befürchtung Tweten's darüber, daß der Kanzler mit dem Präsidenten des Herrenhauses über den damaligen provisorischen Sitzungssaal des Reichstages ohne Rücksicht auf den letzteren Vereinbarung getroffen hatte — was doch in der That für den Reichstag nicht sehr schmeichelhaft war —, folgende Auseinandersetzung Bismarck's zur Folge: „Der Herr Vorredner hat auch diese Gelegenheit zu einem Angriff auf meine Person, meine Stellung und meine Handlungen benutzt, auf den ich in diesem Augenblick noch nicht gefaßt war, ob schon ich wußte, daß der Herr Vorredner sich unter den Anwesenden befand.“ Das war 1869; wenn wir daran erinnern, so wollen wir lediglich darthun, daß die Schuld an ganz ähnlichen, fast bis auf die einzelnen Worte gleichen Zwischenfällen von 1879 nicht so ausschließlich, wie eine mit sehr kurzen Gedächtniß begabte öffentliche Meinung anzunehmen geneigt ist, auf Seiten derer sein kann, welche das Unglück haben, anderer Ansicht zu sein, als der Kanzler, und zugleich den Mut, es auszusprechen.

Die Befestigung und Vertheidigung der deutsch-russischen Grenze.

III.
(Schluß.)

Den linken Flügel der Weichselposition bildet die Festung Dwagorod (früher Demblin genannt), etwa 96 Km. oberhalb Warschau an der Mündung des Wieprz in die Weichsel.

Das kleine Städtchen liegt auf dem rechten Weichselufer und ist mit einer bastionierten Enceinte umgeben, vor welche bis drei Lünetten in Erdbau wenige hundert Schritte vorgeschoben waren. Am linken Ufer der hier nicht überbrückten Weichsel befindet sich ein einfaches Erdwerk.

Nach Mitteilung öffentlicher Blätter ist indeß augenblicklich eine Erweiterung der Befestigungen in der Ausführung begriffen, durch welche auf dem rechten Ufer vier detachierte Forts um etwa 1½ Km. vor die Enceinte vorgeschoben werden, während auf dem linken Ufer zwei Forts einen Offenbau-Bringenort bilden sollen.

Abgesehen von diesen letzteren ebenso gut gegen Österreich, wie

gegen Deutschland verwendbaren Verstärkungsbauten, kann man nicht behaupten, daß die fortifizatorischen Einrichtungen der natürlich starken russischen Stellung hinter der Weichsel*) besonders imponieren. Wenn die Bedeutung der Befestigungen auch durch die annehmende Anwesenheit einer starken russischen Armee zwischen der Weichsel und dem Bug wächst, so scheint es für eine deutsche mit dem nötigen Artilleriematerial ausgerüstete Invasionstruppe nicht sonderlich schwierig, die Befestigungen von Novo-Georgiewsk und Warschau unschädlich zu machen und die russische Vertheidigung auf die Ausnutzung der natürlichen Vortheile ihrer Position zu beschränken.

Hinter der Mitte der Weichselposition, und gewissermaßen als Reduit derselben liegt an dem Übergange der Warschau-Moskauer Eisenbahn über den mittleren Bug die Festung Brest-Litowsk, welche neben dem später zu erwähnenden Kiew seitens der russischen Ingenieuroffiziere ein ganz besonderer Werth für die Landesverteidigung belegt zu werden pflegt, und für welche in der That erhebliche Verstärkungsbauten bis in die neueste Zeit angeordnet zu sein scheinen.

Die nicht bedeutende Stadt Brest-Litowsk liegt am rechten Ufer des Bugs neben der Einmündung des Muchavie in letzteren; ihre Befestigungen — wahrscheinlich ganz nach dem Muster der neu-preußischen Methode — erstrecken sich auf alle drei Uferseiten, und sind namentlich auf dem linken Bugufer durch vier vorgeschoßene detachierte Werke verstärkt und zur Errichtung einer Offensive eingerichtet. Auf einer Hügelinsel ist im Innern der Befestigung eine starke Defensionskaserne als Zentralreduit errichtet.

Die Stärke von Brest-Litowsk beruht wesentlich in seiner Lage an den westlichen Ausläufern der Nekitno-Sümpfe, die sich östlich bis zum Dnieper erstrecken und bei ihrer weiten Ausdehnung zu beiden Seiten als Präpet, sowie bei ihrer Unzulänglichkeit für jede Art von militärischen Operationen den an Deutschland angrenzenden nördlichen Theil von dem an Österreich und Rumänien angrenzenden südlichen Theil des westlichen Russlands vollkommen trennen.

Wenn nun eine deutsche Invasion nach Okkupirung Polens für eine Fortsetzung ihrer Operationen auch allein auf die Landgebiete nördlich der Nekitno-Sümpfe angewiesen ist, so darf sie doch nicht Brest-Litowsk unbeachtet lassen und sich nicht darauf beschränken, die Festung lediglich einzuschließen oder zu beobachten; sie wird genötigt sein, Brest-Litowsk zu nehmen, um bei weiteren Operationen ihren rechten Flügel bezw. ihre rückwärtigen Verbindungen gegen zu erwartende russische Unternehmungen vom Süden her zu sichern.

Auf Brest-Litowsk führt von Südosten her eine Eisenbahn aus Kiew, welche das Gebiet des oberen und mittleren Bugs mit den reichsten und bevölkersten Theilen Süd-Russlands und dadurch mit bedeutenden Quellen des Reiches in Verbindung setzt; der Raum zwischen den südwestlichen Theilen der Nekitno-Sümpfe und der galizischen Grenze gestattet dort noch Operationen größerer Truppenmassen; das Vorhandensein mehrerer großer Städte gerade an dieser Stelle erleichtert solche sogar. Die Bedeutung dieser Verhältnisse für aktive Landesverteidigung in Russland nicht verkannt werden, und die früher erwähnte Kommission zur Beratung der strategischen Verhältnisse der Grenzen soll daher schon 1874 vorgeschlagen haben, hier einen großen Waffenplatz einzurichten, und zu dem Zweck entweder das in veralteten Konstruktionen schon bestellte Lust (Michałowgrad) nach den Anforderungen der Neuzeit umzubauen, oder Dubno neu zu bestellen. Dem Vernehmen nach hat man sich entschlossen, beide Orte in starke Festungen zu verwandeln und ist mit der Ausführung bereits vorgegangen.

Wenn diese Anlagen auch in erster Linie gegen Österreich gerichtet sein dürfen, so bilden sie doch zugleich eine treffliche Basis für Offensive-Unternehmungen gegen die Gebiete des Bugs und der Weichsel; sind diese Gebiete durch eine deutsche Invasion in Besitz genommen, so könnte sich dieselbe auf dieser Seite — wenn sie nicht Lust und Dubno durch eine Armee absperrt und ihren Operationsbereich unverhältnismäßig ausdehnen will — nur durch Einnahme von Brest-Litowsk gegen gefährliche feindliche Unternehmungen schützen. Diese letztere Befestigung verdient also in vollem Maße die Beachtung, welche ihr die russischen Ingenieure schenken.

Es ist schon erwähnt worden, daß an der Ostgrenze Polens nach dem Innern Russlands weithin Befestigungsanlagen nicht vorhanden sind. Die Landesteile nördlich der Nekitno-Sümpfe — obwohl vielfach von Wasserläufen mit zum Theil sumpfigen Niederungen durchzogen — bieten auch keine unbersteiglichen natürlichen Operationshindernisse. Russland betrachtet daher für die Vertheidigung dieser Weg nach Petersburg und Moskau bildenden Provinzen ohne Zweifel den Raum als seinen Hauptverbündeten und ist dazu auch vollkommen berechtigt.

Wenn die durch örtliche Entfernungen für die Kriegsführung entstehenden Schwierigkeiten heute auch durch Eisenbahnen beträchtlich verminder werden können, so kommt eine solche Erleichterung hier nicht wesentlich in Betracht, einerseits weil die abweichende Spurweite der russischen Bahnen deren Benutzung mit deutschem Betriebsmaterial nicht ohne Weiteres gestattet, andererseits weil nur zwei Bahnen divergieren auf Petersburg resp. Moskau durch das fragliche Gebiet führen, und seitens der russischen Heeresleitung schwerlich einer deutschen Invasion unverlegt überlassen werden würden.

Hinter dem durch die Dwina und das Dnieper-Gebiet gebildeten natürlichen großen Abschnitt sind diese beiden divergirenden Bahnen durch eine Querbahn verbunden, welche einerseits bis an den Ostsee-Hafen Riga weitergeführt ist, andererseits mit dem Bahnhof im Innern Russlands Verbindung und dadurch eine große Bedeutung für die Vertheidigung jenes natürlichen Abschnittes hat, an dem wir zum ersten Male wieder Befestigungen begegnen.

Am Übergange der Warschau-Petersburger Straße und Eisenbahn über die Dwina liegt die alte Festung Dünaburg**) am rechten Ufer des Stromes, wo die nicht bedeutende Stadt durch eine geschlossene Enceinte und mehrere vorgeschoßene Werke gesichert ist; auf dem linken Ufer befindet sich ein aus mehreren Werken bestehender ziemlich starker Brückenkopf. Die Vertheidigungsfähigkeit der Festung

*) Auf den Karten von russisch Polen und in geographischen Werken findet sich auch Jamosc, südöstlich von Dwagorod, als starke Festung bezeichnet. Es scheint aber, daß dieselbe als fester Platz keine Bedeutung mehr hat.

**) Die kleine Festung Dünaburg an der Mündung der Dwina in den Rigaischen Meerbusen dient nur zum Schutz des Rigai Hafens gegen Angriffe zur See, und hat daher hier außer Betracht gelassen werden können.

ist durch das vielfach sumpfige Umterrain der letzteren gesteigert; indessen hat man nichts davon gehört, daß die veralteten Konstruktionen der Festigungen einer durch die neuern Ansichten bedingen Korrektur unterworfen worden wären. Das Dünaburg außer seinem Werth als Brückenkopf auch als Hauptdepot- und Werkstatt-Platz der russischen Ingenieur-Verwaltung Bedeutung hat, ist schon früher erwähnt worden.

Südlich etwa 350 Kilometer von Dünaburg findet sich an dem in Reede stehenden natürlichen Abschnitt die nächste Festung Bobruisk am rechten Ufer der in den Dnepr mündenden Berezina, mit einer geschlossenen Enceinte und einzelnen wenigen vorgehobenen Forts. Das linke Ufer des Flusses scheint nicht befestigt zu sein, ist aber durch die Festigungen des rechten Ufers dominirt und dadurch passiv verteidigt. Bobruisk deckt zwar die alte Hauptstraße von Warschau auf Moskau sowie mehrere andere dort an dem Berezina-Ubergange zusammenstrebende wichtige Kommunikationen: die Warschau-Moskauer Eisenbahn aber ist über Minsk, etwa 160 Kilometer nordwestlich von Bobruisk, geführt. Dadurch hat sich die Bedeutung dieser Festung für einen deutsch-russischen Krieg sehr vermindert; sie wird von einer deutschen Invasion um so weniger aufgezucht werden, als sich in das ganze Flussgebiet der Berezina die Ausläufer der Nilotino-Sumpfe erstrecken und diesen Landesteil zu keinem geeigneten Operationsterrain machen.

Noch weniger wird die nächste südwärts am Dnepr gelegene bedeutende Festung Kiew zu einer Rolle in einem deutsch-russischen Kriege berufen sein, von dessen Hauptchauplatz sie durch die Nilotino-Sumpfe getrennt ist. Kiew, eine der grösseren Städte Russlands, ist auf dem rechten Ufer des Flusses durch eine starke Citadelle und fünf selbstständige Werke befestigt; auf dem linken Rande des über 1000 Meter breiten Stromes befindet sich nur ein Erdwerk. Kiew deckt mit dem in der Nähe der Dneprmündung gelegenen Nikolajew das fruchtbare Südrussland gegen eine Invasion von Westen her. Für die Verstärkung beider Festungen scheint in neuerer Zeit viel geschehen zu sein. Soweit die Nachrichten reichen, ist ein erheblicher Theil der großen Mittel, welche der russischen Ingenieur-Verwaltung in den letzten Jahren zur Verfügung gestellt wurden, hier verplant worden, und dennoch hat man die Sicherung an dieser Seite nicht für ausreichend gehalten, und — wenn die öffentlichen Blätter richtig melbten — vor etwa 10 Jahren begonnen, die alte Festung Chotim am Dnestr, hart an der ungarischen Grenze, bedeutend zu verstärken und durch Einziehung des nahen Kamianec podolski mittels detachirter Forts dafselbst ein großes verchanget Lager herzurichten.

Fügt man zu diesen Nachrichten und zu den früher erwähnten Befestigungsbauten bei Dubno und Lutsk die Thatache, daß Russland im Jahre 1877 bei Beginn des letzten russisch-türkischen Krieges alle Festungen am Dnepr und am Dnestr armirt hatte, so lässt sich daraus schließen, daß es der Möglichkeit eines Konflikts mit Österreich durch die beiderseitigen gegenseitlichen Interessen auf der Balkanhalbinsel schon seit längerer Zeit seine Aufmerksamkeit zugewendet hatte. Vergleicht man die Sicherheitsmaßregeln gegen Österreich mit denjenigen, welche zweifellos nur gegen Deutschland gerichtet sind, so gewinnt man eine Bestätigung der früher ausgesprochenen Ansicht, daß Russland sich von deutscher Seite nicht für sonderlich gefährdet erachten kann. Eine Unterschätzung der deutschen Offensivkraft kann solchem Gefühl Russlands, nach den deutschen Leistungen von 1866 und 1870 und nach seiner ziemlich gründlichen Kenntniß aller unserer Verhältnisse, kaum zu Grunde liegen, vielmehr dürfte jenes Gefühl aus der Überzeugung entspringen, daß der mächtige deutsche Staat sich vielfach als ein zuverlässiger Freund Russlands erwiesen hat, und daß keine tief einschneidenden entgegengesetzten Interessen vorhanden sind, welche das gegenseitige freundliche Verhältnis ernstlich gefährden könnten.

Als der greise Kaiser Wilhelm zu Anfang September 1879 nach Alexandrowo zur Begegnung mit dem Kaiser Alexander II. ging, zeigte er der Welt unter freudiger Zustimmung seines Volkes, daß das traditionelle freundliche Verhältnis zu Russland von seiner Seite fortbestehe, und beruhigte damit die durch einen mehrmonatlichen in gereiztem Tone geführten Zeitungsstreit erregten Gemüther in Europa.

Wenn Kaiser Alexander nach dieser Begegnung die ihm von den öffentlichen Blättern zugeschriebenen Worte aussprach: "Gott sei Dank, ein Krieg mit Deutschland ist unmöglich!" — so hat er damit sicherlich im Sinne der großen Mehrheit seines treu an ihm hängenden Volkes gesprochen, und diese Worte werden weder durch nihilistische oder vanwallistische Agitatoren, noch durch einzelne unzufriedene

Staatsmänner und Generale ausgelöscht werden, welche — nach manchen Enttäuschungen während des letzten russisch-türkischen Krieges — den Versuch machen möchten, ihr lebhaftes Ruhmbedürfniss Deutchland gegenüber zu befriedigen, — aber eintretendenfalls doch die Erfahrung machen dürfen, daß die Erreichung ihrer Absicht hier noch schwieriger ist, als gegenüber der Türkei.

Deutschland.

+ Berlin, 5. Januar. [Fürst Bismarck. Konervative Manipulationen in Hannover.] Die Rückkehr des Reichskanzlers nach Berlin stand nach einigen Nachrichten heute, jedenfalls aber steht sie in den nächsten Tagen zu erwarten. Lange Monate ist der Reichskanzler dem Zentralpunkt des öffentlichen Lebens fern geblieben und wenn auch der amtliche Verkehr mit dem pommerschen Landtag ein noch so reger und die Arbeit des Reichskanzlers trotz körperlicher Beschwerden eine noch so angestrengte gewesen, so liegt es doch in der Natur der Dinge, daß eine so rege Fühlung mit den politischen Vorgängen, ein so unmittelbares Eingreifen in die Geschäfte von Varzin aus nicht möglich ist, wie es der Fall, wenn der leitende Staatsmann auf seinem Posten im Mittelpunkt des politischen Lebens steht. Seit der Reichskanzler von der Hauptstadt fern ist, haben sich in der inneren und auswärtigen Politik die wichtigsten Ereignisse vollzogen. In Bezug auf jene erinnern wir nur an die preußischen Landtagswahlen und die Vorgänge auf dem Landtag, in Bezug auf diese auf die soeben zum Abschluß gekommene französische Ministerkrise. Es ist begreiflich genug, daß man in mehr als einer wichtigen Frage von dem persönlichen Eingreifen des Reichskanzlers neue Anregungen und Anstöße erwartet und eine Auflösung so vieler dunkler unsicherer Punkte, die sich in unserem politischen Leben in Abwesenheit des leitenden Staatsmanns angegammelt. Insbesondere herrscht das allgemeine Gefühl, daß in einer höchst bedeutsamen Frage unseres inneren politischen Lebens, der Frage der Beilegung des kirchlichen Streites, endlich ein entscheidender Schritt, sei es nach welcher Richtung immer, zu erwarten ist. Ob das Bild, mit dem die Sitzungen des Landtags vor der Vertagung zu Ende gegangen, der ultramontan-konservative Jubel über den Zusammenschluss des elbinger Simultanschule, den ungeteilten Beifall des Reichskanzlers gefunden hat, wissen wir nicht; wir hoffen aber, daß diese parlamentarische Majorität, deren Versagen in der Eisenbahnfrage noch in frischer Erinnerung ist, im weiteren Verlaufe der politischen Arbeiten ihren Wein mit einer guten Portion Wasser wird abschwächen müssen, wenn sie sich des fortgesetzten Beifalls des leitenden Staatsmanns erfreuen will. Die Unsicherheit in dem Verhältnis der Parteien, die Unklarheit über die letzten Ziele unseres politischen Lebens entspringt zum guten Theil der Unkenntniß über die Aussichten der Verständigung mit der Kurie. Trägt die persönliche Anwesenheit des Reichskanzlers dazu bei, endlich in dieser Frage Licht zu verbreiten und eine Lösung herbeizuführen, so werden wir dies, das Resultat möge sein, wie es wolle, auf alle Fälle als einen Gewinn betrachten müssen. (Wir glauben, diese Hoffnung des Korrespondenten dürfte sich als zu sanguinisch erweisen. Es liegen Gründe genug vor, welche eine baldige Aufhellung der Situation unwahrscheinlich machen. D. Red.) Auch sonst gibt es politische Fragen genug, welche die lange Abwesenheit des Reichskanzlers schwer empfunden haben. Die Reichstagsession nähert sich allmälig, und das Arbeitsprogramm für diese hat offenbar noch große Lücken. All dies rechtfertigt es, wenn man der, freilich anscheinend nur auf kurze

Zeit berechneten Rückkehr des Fürsten Bismarck an den Mittelpunkt des politischen Lebens gespanntes Interesse entgegenbringt. — Die preußisch-konservative Partei in der Stadt Hannover, ein ziemlich künstliches Gebilde dort wohnhafter altpreußischer Beamten und Militärs, hat unlängst versucht, den dortigen, meist welfischen Hannoveranern zu gewinnen, indem sie eine Petition an den Reichstag mit den sattsam bekannten Beschwerden über die Gewerbe-Ordnung um Einführung von Zwangs-Zinnungen aushängte. Es war eins von den mancherlei gegenwärtig in Bewegung gesetzten Mitteln, die Anhänger der Welfenpartei zur konservativen Fahne herüberzuziehen. Allein die Welfenpartei will sich nicht bei lebendigem Leibe beerben lassen. Ihr Organ hat vor der Unterschreibung der Petition nachdrücklich gewarnt und dieselbe als Wahlmanöver im Vorau denunziert. Wenn es dabei so thut, als fordere oder erwarte es von den altpreußischen Konservativen, sie würden mit der Zeit noch hinter das Jahr 1866 mit seinen Annexionen zurückgehen, so ist das natürlich offizielle Partieheuchelei. Alle einfältigeren, nüchternen Welfenführer glauben selbst offenbar nicht mehr an eine Restauration. Aber diejenigen von ihnen, welche den Handwerkerstand in der Stadt Hannover führen, so weit derselbe welfisch geführt ist, haben doch keine Lust, ihre Aussöhnung mit dem bestehenden gleich Graf Enyphausen und anderen früher welfischen Edelleuten im aristokratisch-konservativen Lager zu suchen. Sie werden voraussichtlich eher nach links hin abschwenken, zu den demokratischen Radikalen von der Farbe der „Frankfurter Zeitung“.

[Bundesrat. Fürst Bismarck. Dementis. Dankeskundgebung an Stephan.] Offiziell wird geschrieben: Der Bundesrat hielt heute Montag seine erste Sitzung nach Neujahr. Auf der Tagesordnung standen zwei Vorlagen, betreffend die Verstärkung des Grenzaufsichtspersonals am Hohenhöhe zu Bremen um zwei Stellen mit dem durchschnittlichen Diensteinkommen von je 1584 Mark bei gleichzeitiger Einziehung zweier durch den Zollanschluß des Stadtwerders entbehrlich gewordenen Aufseherstellen, so daß die Mehrkosten nur je 319 Mark jährlich betragen, welche von Bremen zu tragen sind, und die Übersicht der Ausgaben und Einnahmen der Landesverwaltung von Elsaß-Lothringen für die Rechnungsperiode vom 1. Januar 1878 bis 31. März 1879, mit dem Antrage, die darin zusammengestellten und gegründeten Etatsüberschreitungen zu genehmigen. Außerdem standen noch Mittheilungen auf der Tagesordnung über die Herausgabe eines Tableaus zur Berechnung der Wechselstempelsteuer, die Verifikation der Arbeiten am Gotthardstunnel und die Verlängerung der Handelsverträge mit Österreich-Ungarn und mit Belgien, sowie einige Ausschüsseberichte, u. A. über die Veröffentlichung des Prozentsatzes der Banken für Diskontirungen und zinsbare Darlehen. — Die Blätter, welche den Fürsten Bismarck theils am vorigen Sonnabend, theils heute in Berlin eintreffen lassen wollten, waren in beiden Fällen ungenau unterrichtet. Wie ich höre, wird die Ankunft erst in der zweiten Hälfte dieser Woche erwartet. — Die Kombinationen über den Ertrag des verstorbenen Staatssekretärs und Ministers von Bülow sind unerschöpflich. Wie ich mit Sicherheit vernehme, steht die Wiederbesetzung dieses Postens augenblicklich gar nicht zur Entscheidung, und die Dauer des Provisoriums, so wie sie von Anfang an in Aussicht genommen war, wird keine Abkürzung erfahren. — Die Mittheilung, daß man im Reichskanzleramt mit der Ausarbeitung eines Versicherungsgesetzes beschäftigt sei, ist

Bänden seiner „wissenschaftlichen Untersuchungen“ mitgetheilt. Der Eindruck des Beobachteten auf die Hauptbeobachter selbst ist ein solcher gewesen, daß die genannten vier Gelehrten sich einstimmig dahin ausgesprochen haben, daß die Erscheinungen, deren Zeugen sie gewesen, sich nicht mit Hülfe der bekannten Naturgesetze erklären ließen und deshalb die Annahme der Einwirkung höherer Kräfte zu fordern schienen. Diesen Naturforschern hat sich dann der Philosoph Prof. Ulrici in Halle angeschlossen: er ist, wie wir sehen werden, ausdrücklich für die Realität der spiritistischen Erscheinungen eingetreten. Ich bitte hier den freundlichen Leser, den Spot, welchen ich schon um manchen Mund zucken sehe, noch einen Augenblick zurückzuhalten. Wenn er gehört haben wird, was für Dinge sich in Gegenwart der Geister ganz umsonst Gewissensbisse gehabt hatte. Nach einiger Zeit wurde übrigens Herr Slade von der Berliner Polizei, welche nun einmal an keine Geister glaubt, höflich zur Stadt hinauskomplimentirt.

Der „Märtyrer der guten Sache“ fand in Leipzig glänzende Genugthuung. Der berühmte Astrophysiker Zöllner war, angeregt durch Kant und Gauss, auf die höchst interessante Frage gekommen, ob der Raum, welchen wir Menschen nur nach drei Dimensionen anschauen können, nicht in Wirklichkeit vier Dimensionen habe. Diese Frage wird den meisten Laien ferner erscheinen, ausgezeichnete Mathematiker aber haben erklärt, vom Standpunkte ihrer Wissenschaft würde der Annahme einer vierten Dimension nichts entgegenstehen. Zöllner schloß nun, wenn der Raum noch eine vierte, unseren Sinnen unzugängliche Dimension hätte, so müsse Alles, was sich in dieser Richtung entferne, plötzlich verschwinden. Da nun bei spiritistischen Experimenten plötzliches Verschwinden und Wiedererscheinen von Dingen vorgekommen sein sollte, so wünschte der Gelehrte solche Vorgänge, welche durch seine Hypothese am besten erklärt würden und also für sie sprächen, zu beobachten und setzte sich zu diesem Zwecke mit Slade in Verbindung.

Natürlich versäumte der Mann der exakten Forschung keine einzige mit der Hauptbedingung des Experiments, dem Herumtreiben um einen Tisch, irgend vereinbare Vorsichtsmaschine. An den Sitzungen, welche Zöllner mit Slade abhielt, nahmen auch andere leiziger Professoren Theil, am häufigsten Th. Fechner und W. Weber, die Physiker, und der Mathematiker Scheibner, wie Zöllner selbst, Gelehrte von europäischem Rufe. Die Resultate der gemeinsamen Beobachtungen hat Zöllner in den drei

Aus den Memoiren Metternichs.

In den Memoiren Metternichs findet sich ein reiches historisches Material. Wir fahren fort, einige thattägliche und anekdotische Punkte daraus hervorzuheben. Eine sehr bedeutsame Thatache enthüllt uns ein Hauptbericht Metternichs an den Kaiser Franz über die Ergebnisse seiner pariser Mission im Jahre 1810; es handelt sich um die Begehrlichkeit Österreichs zur Wiedergewinnung Schlesiens. Graf Bichy, der österreichische Gesandte beim preußischen Hofe, berichtete am 14. Februar 1813 an Metternich über eine Unterredung mit Hardenberg. Im Laufe derselben erzählte Hardenberg, wie ihn der französische Gesandte St. Marsan gewarnt habe, mit Frankreich zu brechen und mit Österreich zu gehen. „Nehmen Sie sich in Acht, daß Sie nicht geprellt werden, hätte St. Marsan gesagt. Österreich buhlt im Geheimen um Schlesien und wird sich den günstigen Augenblick ersehen.“ Daß das nicht ein leeres Gerücht war, erfahren wir jetzt authentisch; denn in jenem Metternichschen Hauptbericht heißt es: „Ist der Krieg Eurer Majestät Bemühungen ungeachtet unvermeidlich; sind wir so glücklich, die Epoche seines Ausbruches ohne besonderen Andrang von Seite Frankreichs zu erreichen, so benutzen Eure Majestät den nächsten zweitnächsten Augenblick, um in Unterhandlungen über die Besetzung eines nach militärischen und finanziellen Rücksichten zu

Aberglaube unter der Negide der Wissenschaft.

I.

Was war das für ein unterhaltender „Humbug“, als im Anfange der fünfziger Jahre die Klöpfgeister zuerst in Europa erschienen und in die Tische, die hölzernen Gefallen, ein niegeahntes Leben brachten! Da stellten sich die Leute mit ernsthaften erwartungsvollen Mielen um einen solchen Vierbeiner herum und legten die Hände mit ausgebreiteten Fingern auf seine Platte: und siehe da, nach kurzer Zeit fing der Tisch an zu wackeln, hob erst ein Bein, dann noch eins, dann abwechselnd je zwei oder drei und ehe man sich's versah, tanzte er, allerdings mit mehr Eifer als Grazie, mit den ihm umgebenden Gläubigen im Zimmer herum. Dienstfertig, wie er war, prophezeite er auch, indem er durch vordermäßiges Aufstampfen bejahrte oder verneinte. Aber das war unbehaglich für ihn selbst wie für die Drakelsuchenden. Deshalb wurde, mit Geisterhilfe, der Psychograph erfunden, ein Apparat, der, wenn er unter den auf ihm ruhenden Händen von Sterblichen in Bewegung geriet, mit einem senkrechten Zeiger auf einer Alphabetttafel hin- und herfuhr und die Antworten zurechtbuchstabirte.

Diese, wie gesagt, ganz amüsante Modernarrheit kam allmälig in Vergessenheit. Die schon ganz nervös gewordenen Tische konnten sich wieder ungefährt ihrem eigentlichen Berufe widmen. Inzwischen aber hatte der „Spiritismus“, wie ihn der moderne Geistergläubigen nannte, in seinem Vaterlande, Amerika, einen gewaltigen Aufschwung genommen. Im Jahre 1848 war eine Dame, welche den vertrauenerweckenden Namen Fox (Fuchs) führte, als erste Vermittlerin der neuen Art des Verkehrs mit der Geisterwelt aufgetreten, und gegen Ende der fünfziger Jahre soll sie schon 30,000 Genossen und Genossinnen gehabt haben. Die Geister haben ihren eigenthümlichen Geschmack: Diejenigen Geister, von welchen Platten sagt, der berüchtigte Jude Spinoza habe sie durch Geist entzückt, sind jedenfalls keine amerikanischen spirits gewesen. Diese besitzen weder selbst Geist, noch verlangen sie solchen von denen, welchen sie dienstbar werden sollen. Die chemisch noch nicht analysirte Bitterung (aura) bestimmter Individuen zieht sie an: diesen Individuen zu Liebe geben sie ihr Dasein und machen sie dadurch zu Medien (Vermittlern). Ein berühmtes Medium war seiner Zeit, wenn ich nicht irre, um die Mitte der sechziger Jahre, Hane, welcher so-

unrichtig. Die Bundesregierungen haben auf die bezügliche Anfrage des Reichskanzlers, die im vorigen Sommer an sie gerichtet wurde, bisher sich noch nicht geäußert. Es kann daher von einer Ausarbeitung eines Entwurfs noch nicht die Rede sein. — Aus Estridge-St. Ritts auf der Insel St. Christopher ist dem General-Postmeister Dr. Stephan folgendes Schreiben zugegangen: „Er. pp. wollen gütigst gestatten, daß ich diese Postkarte an Sie absende. Seit dem 1. Juli v. J. haben wir auch das Glück, dem Weltpostverein anzuhören. Gegenwärtig sind auch unsere Postkarten angekommen; und es drängte mich, die erste, die ich schreibe und schreiben kann, an Er. pp. aus Dankbarkeit für all' diese Erleichterungen zu adressieren. Nicht etwa aus Geiz, um einen Brief zu ersparen, sondern damit Sie gerade so sehen können, daß wieder ein Land weiter Ferne sich dieser Wohlthaten erfreut. Ihr dankbar ergebenster C. F. Gerschwitz.“

— Die vielfach verbreiteten Gerüchte, daß über die Neubesetzung des französischen Postchafte postens am hiesigen Hofe bereits ein Besluß vorliege, entbehren der „Post“ zufolge vorläufig der Begründung. Graf St. Waller hat zwar, wie dies bei der Veränderung im französischen Kabinett und seiner bekannten persönlichen Stellung zu Herrn Waddington kaum anders möglich war, der neuen Regierung den von ihm bekleideten Posten zur Disposition gestellt; hiermit aber dürfte noch nicht alle Hoffnung ausgeschlossen sein, daß der bewährte und allgemein hier hochgeachtete Diplomat noch ferner seiner hiesigen Aufgabe erhalten bleiben werde.

— Bekanntlich haben Graf Stolberg und der Kultusminister v. Puttkamer dieser Tage eine längere Audienz beim Kaiser gehabt, in welcher, wie dem „Deutschen Montags-Blatt“ verüffentlicht wird, die Verhandlungen zwischen der preußischen Regierung und der römischen Kurie Gegenstand der Erörterungen gewesen. Es handelt sich, dem genannten Blatte zufolge, um die Entscheidung deutscherseits, welche der Geheime Rath Hübner, der die Unterhandlungen mit dem Wiener Nuntius Jacobini bis jetzt geführt, diesem zu überbringen haben würde, nachdem dieselbe auf Grund eines Memorandums, welches der Geheime Rath Hübner über den Verlauf der bisherigen Unterredungen ausgearbeitet, festgestellt sein wird. Welche Ergebnisse im Einzelnen diese Unterredungen zur Zeit herbeigeführt, darüber ist bis jetzt schlechterdings nichts bekannt geworden, wir glauben indeß, daß die naive Zuversicht des neuen hochoffiziösen vatikanischen Blattes „Aurora“ auf eine völlige Unterwerfung des Staates unter die Ansprüche der Kirche durchaus unbegründet ist. Dieses Blatt führt nämlich in einem Leitartikel mit der Überschrift „Fürst Bismarck und der Vatikan“ Folgendes aus:

Fürst Bismarck habe bereits einen Schritt gethan; es sei daher Hoffnung, daß er auch den zweiten Schritt thue und die Kirche annehmen werde, wie sie ist, ohne jede Beschränkung, weil nur so den gerechten Ansprüchen der Katholiken Deutschlands, sowie den dringenden sozialen Bedürfnissen entsprochen werden könne.

Wir sagen, daß der Vatikan, wenn er wirklich dieser Meinung der „Aurora“ sein sollte, allem Anschein nach die Rechnung ohne den Wirth gemacht. Dieser Ansicht ist auch das „Berl. Tgl.“, und es gründet diese seine Überzeugung auf eine ihm zugegangene Meldung, wonach der Kronprinz sein volles Einverständnis mit den vom Fürsten Bismarck in Aussicht genommenen Zugeständnissen an den Vatikan ausgesprochen haben soll. Dies wäre geradezu undenkbar, wenn diese Zugeständnisse

auch nur halbwegs so weit gingen, wie die „Aurora“ anzudeuten beliebt. Wie man auch über des Fürsten Bismarck Neuherbung „Nach Kanossa gehen wir nicht“ denken möge, so viel ist gewiß, daß weder er noch der Kaiser noch der Kronprinz trotz ihrer lebhabtesten Wünsche, einen modus vivendi zu Stande gebracht zu sehen, sich jemals zu einer Überantwortung der staatlichen Interessen, wie sie in der kirchlichen Gesetzgebung formulirt sind, an die römische Kurie verstehen würden. Es ist aber, wenn die Letztere gleichwohl bei ihren maßlosen Ansprüchen beharrt, unter diesen Umständen gar nicht abzusehen, welchen Zweck die weiteren Verhandlungen mit dem Wiener Nuntius, deren baldige Wiederaufnahme auch die „Aurora“ bestätigt, haben können und haben sollen. Dies scheint auch nachgerade unsern Utramontane einzuleuchten, welche bereits anfangen, ungeduldig zu werden, da ihre Politik des Abwartens ihnen bisher nicht das Geringste eingetragen hat. Man glaubt, daß sich ihr Missvergnügen demnächst in einer wesentlich veränderten Parteiaktik kundgeben werde. In diesem Falle werden auch die Liberalen Anlaß erhalten, sich über ihre Stellung zur Regierung aufs Neue zu verständigen. So zeigt sich, daß die Frage unserer Beziehungen zu Rom binnen Kurzem der Situation weit mehr, als es bis jetzt der Fall gewesen, ihr eigenhümliches Gepräge aufdrücken wird.

— Der Austausch der Ratifikations-Urkunden des internationalen Reblaus-Vertrages vom September v. J. ist in Berlin in letzter Stunde vor Ablauf des Jahres, am 31. Dezember, erfolgt. Anwesend waren dabei außer Bundesrath Droz, dem Vertreter der Schweiz, General v. Röder für Deutschland, der französische Geschäftsträger Belle für Frankreich, Herr v. Ottenfels für Österreich-Ungarn und der portugiesische Generalkonsul v. Ernst für Portugal. Für Italien und Spanien, welche den Vertrag unterzeichnet, aber noch nicht ratifiziert haben, bleibt das Protokoll offen bis zum 1. Juli 1880. Von den Staaten, welche den Vertrag bis jetzt noch nicht unterzeichneten, haben ihren Beitritt Serbien und Luxemburg erklärt. In Kraft tritt der Vertrag am 15. d. M.

— Die Einnahmen der Reichs-Post- und Telegraphen-Verwaltung haben vom Beginn des Etatsjahres bis Ende November 1879 84,715,632 M. (gegen denselben Zeitraum 1878 + 2,063,896 M.), die der Reichseisenbahnen-Verwaltung 25,008,000 M. (— 445,417 M.) betragen.

— Nachdem unser Kaiser die Veröffentlichung eines umfassenden Auszuges aus den kriegsgerichtlichen Akten betreffend den „Großen Kurfürsten“ angeordnet hat, ist die gründete Hoffnung vorhanden, daß endlich auch für weitere Kreise Licht in die Angelegenheit kommt. Inzwischen hat, wie schon kurz berichtet, die deutsche Admiralität sich zu einem Schritte entschlossen, der eine in seemannischen Kreisen lange schwedende und viel erörterte Frage für die Kriegsmarine zur kurzen Entscheidung bringt. Durch Erlaß des Chefs der Admiralität vom 20. Dezember 1879 wird das bisherige Kuderkommmando von den Kriegsschiffen verbannt und dafür das entgegengesetzte eingeführt. Die Worte „backbord“ und „steuerbord“ und die zur Bestätigung oder zur Wiederholung dieser Kommandoworte dienenden Zeichen und Signale werden in Zukunft diejenige Richtung bezeichnen, nach welcher der Kopf des vorwärts bewegenden Schiffes sich wenden soll, und nicht die Stellung, welche der Ruderpinn zu geben ist.

Die „Wes. Ztg.“, welche sich mit den näheren technischen Einzel-

bemessenden Theiles von Galizien gegen eine Kompensation zu treten. Als Kompensations-Gegenstand trägt Napoleon das ganze gegenwärtige Istrien an. Wünshenswerth schiene mir: Istrien mit Einschluß von Dalmatien, der Quarnero-Inseln, des venezianischen Istrien bis an die Isonzo-Grenze; Oberösterreich wenigstens der abgetretene Theil des Hausruckviertels; und womöglich die ehemalige Jungrenze; ein Theil von Schlesien; diese Kompensation jedoch nur bedingungsweise und im Falle der Erfüllung Preußens eine meines Erachtens unausbleibliche Folge des nächsten Krieges.“

Was mag Metternich gedacht haben, als seine eigenen Worte und Gedanken durch den Bericht Zichys ihn so entgegengehalten wurden. Diese merkwürdige Stelle zeigt aufs Neue, in wie furchtbarer Lage unser Staat sich befand und wie vorsichtig die rückhauende Kritik in der Beurtheilung der preußischen Politik im Jahre 1813 und 14 sein muß.

Kurfürst Metternich war in einer der unglücklichsten Perioden preußischer Geschichte vom Jahre 1803 bis 1805 Gesandter in Berlin gewesen. Er hatte eine außerordentlich geringe Meinung von Preußen, seinen Staatsmännern und seiner Staatskraft sich gebildet; es ist klar, daß er die damals gewonnenen Eindrücke später nie wieder ganz verwinden konnte. Die Berichte, welche Metternich an seinen Hof über die Vorgänge in Berlin abstattete, lesen sich wie bittere Satiren. Wir heben aus den Aufzeichnungen Metternichs die folgende Erzählung hervor, welche den Zeitpunkt behandelt, wo Preußen bei Ausbruch des österreichisch-französischen Krieges auf die Rolle sich zurückzuziehen gedachte, gegen den sich zu wenden, der seine Neutralität verlor. „Ich erhielt eines Tages, erzählt Metternich, die Kunde, Kaiser Alexander wolle einen rohen Schlag führen; zu einer gegebenen Stunde sollte ein Courier bei Herrn v. Alopäus eintreffen mit einer Meldung an den König, daß die russische Armee ohne weiteres Jögern die Grenzen des Königreiches überschreiten werde. Der tatsächliche Einmarsch sollte mit der Stunde der Anzeige zusammenfallen. Der russische Courier sollte bei Herrn v. Alopäus in den Abendstunden eintreffen. Um 9 Uhr begab ich mich zu diesem Gesandten, den ein leichtes Unwohlsein bei sich zu Hause hielt. Unter den nüchternsten Vorwänden blieb ich bei ihm bis Mitternacht; da verkündete mir das Geräusch eines Wahns, der am Thor seines Hotels stehen blieb, daß der Augenblick der Krise gekommen sei. Man meldet die Ankunft eines Couriers aus dem russischen Hauptquartier; Herr von Alo-

päus ließ sich die Depeschen überreichen und begann sie unverzüglich zu eröffnen. Wir traten an ein Pult hin, an dem der alte Gesandte stehend zu schreiben gewöhnt war. Trotz seines vorgerückten Alters hatte sich Herr v. Alopäus eine Lebendigkeit bewahrt, die an Ungestüm streiste. Als er die ziemlich voluminösen Depeschen auf das Schreibpult gelegt hatte, glitten mehrere Papiere zur Erde, die wir aufhoben. Außer den Folioblättern, die hinabgefallen waren, hatte ich sehr wohl einen Bogen in kleinem Format bemerkt, und in der That fand sich in den Depeschen ein Brief von der Hand des Kaisers an den König von Preußen angeführt, von dem eine Abschrift beigelegt war. Mit diesem Brief kündigte Se. Majestät dem König an, daß sie ihrer Armee Befehl gebe, in das preußische Gebiet einzurücken. Der Inhalt der Depeschen, deren Lesung wir eben beendigt hatten, brachte Herrn v. Alopäus außer Fassung; er würde auf mich dieselbe Wirkung hervorgebracht haben, wäre ich nicht früher davon unterrichtet gewesen. Herr v. Alopäus verlor sich in übrigens sehr richtige Betrachtungen über die Gefahr der Lage und sagte noch zuletzt: „Die Würfel sind gefallen, mir bleibt nichts mehr übrig, als mich der Befehle des Kaisers zu entledigen und dem Könige den Brief Seiner kaiserlichen Majestät zu übergeben.“

Aber der Brief war verschwunden. In seinem starren Schrecken, da er ihn nicht fand und den ganzen Ernst der Verwicklungen erkannte, die sich aus der Nichtausführung der Befehle seines Gebieters ergeben müßten, fühlte Herr v. Alopäus sich versucht, die Abwesenheit des Autographs einem Vergessen des Absenders zuzuschreiben. Was mich betrifft, so hatte ich einen verfeilten Brief vor meinen Augen vorbeifliegen gesehen, und jetzt war er nicht mehr da! Durch länger als eine halbe Stunde suchten wir auf und unter allen Möbeln, ohne etwas entdecken zu können, als Herr v. Alopäus in einer Regung der Verzweiflung mit beiden Händen zum Kopfe fuhr; in diesem Augenblicke fiel der Brief des Kaisers zu Boden; er war in den Rückfalten eines der Ärmel seines Schlafrotes hängen geblieben. Die damals beabsichtigte Überreichung der preußischen Grenze durch die Russen unterblieb jedoch. Kaiser Alexander befand sich eines Besseren, und es wurde nunmehr versucht, durch eine Zusammenkunft der beiden Monarchen den Schwankungen des Königs ein Ende zu machen, indem der Kaiser auf ihn direkter wirkten sollte.

Der russische Gesandte v. Alopäus bewohnte das jehige alte Reichskanzlerpalais; dieselben Tapeten sahen auf die diplo-

heiter dieser Neuerung beschäftigt, knüpft daran folgende Betrachtung: In Deutschland sind wir durch das Vorgehen der Admiralität nun mehr in die eigenthümliche Lage gerathen, daß auf der Kriegsmarine die Ausdrücke „backbord“ und „steuerbord“ fünftig die gerade entgegengesetzte Bedeutung von derjenigen haben werden, welche sie in der Kaufahrte-Marine besitzen. Dort beziehen sie sich auf den Kopf des Schiffes, hier nach wie vor auf die Stellung der Pinne. Wenn „backbord“ gerufen wird, wird der Matrose auf einem Kriegsschiffe das Rad nach links, auf einem Kaufahrer das Rad nach rechts drehen müssen. Da die Besatzung der Kriegsschiffe aus der Handelsmarine entnommen wird und nach zurückgelegter Dienstzeit in dieselbe zurückkehrt, so steht allerdings zu befürchten, daß es ohne Irrungen nicht abgehen wird, und man kann nur hoffen und wünschen, daß dieselben nicht böse Folgen haben mögen. Ganz auffällig sind die Aussichten nicht. Unsere Kapitäne und Steuermannen werden den Matrosen, welche nach vollendet Dienstzeit auf der Kriegsmarine wieder in die Handelsmarine eintreten, scharf auf die Finger zu pressen haben, damit sie am Ruder nicht arges Unheil anrichten. Nur die Matrosen ist die Sache auch nicht leicht. Dieselben werden ihre fünf Sinne gut bei einander halten und in jedem Augenblicke dessen eingedenkt sein müssen, ob sie das Rad eines Kaufahrers oder eines Kriegsschiffes in der Hand haben.“

Die Kaufahrteislotte wird ihre Kommandos mit der Zeit ebenfalls ändern müssen. Auch so wird der Übergang noch Schwierigkeiten genug bieten.

— Der Berliner Magistrat hat eine eigene Deputation zur Vorberathung der dem Abgeordnetenhaus vorgelegten Verwaltungsgegesse gebildet, in welcher der Oberbürgermeister v. Forckenbeck den Vorsitz führt und zu welcher der Bürgermeister, der Kämmerer und die Syndici gehören. Man wird namentlich um verschiedene durchgreifende Änderungen bezüglich der Bestimmungen über die Stadt Berlin petitionieren und versuchen, als höhere Instanz an die Stelle des Polizeipräsidienten den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg berufen zu sehen und ferner auch weitere Bestimmungen über das Verhältnis zu den angrenzenden Gemeinden zu treffen, wie sie der frühere Entwurf über die Bildung einer „Provinz Berlin“ ins Auge gesetzt hatte. Die Deputation ist bereits in Thätigkeit getreten.

— Die „Magdeburg. Ztg.“ erhält über die Elbing-Simultanfrühe folgende Schriftstücke zum Abdruck zugesandt:

An die Herren Stadtverordneten hier. Den 2c. übersenden wir beifolgend in unserer Angelegenheit, betreffend die Simultan-Knabenschulen, Abschrift des Benachrichtigungsschreibens des Bureauadirektors des Hauses der Abgeordneten vom 20. d. M. nebst dem stenographischen Bericht zur gefälligen Kenntnisnahme. Danach ist das Abgeordnetenhaus über unsere gemeinschaftliche Petition vom 28. Oktober c. zur Tagesordnung übergegangen. Wir müssen uns nun zwar diesem Beschuße fügen, dürfen aber zu den schweren Anschuldigungen nicht still schweigen, welche bei Gelegenheit der Berathung unserer Petition gegen uns erhoben worden sind, ohne daß ein Mitglied der Minorität darauf zu einer Erwidern verfasset worden wäre. Obgleich am heutigen Orte von jeher und auch in den letzversloffenen Dezennien ein ungehöriger Friede zwischen den Befennern aller Konfessionen geherrscht hat und wir in langer Weise und unter steter Zustimmung der staatlichen Aufsichtsbehörde, namentlich bezüglich des Volkschulwesens, unsere Fürsorge den Kindern katholischer Konfession nicht minder zugewandt haben, als den Kindern anderer Konfessionen, so hat man seitens der Majorität des Abgeordnetenhauses uns direkt „der Unterdrückung der katholischen Minderheit“ und „einer Unbildung, wie sie in Deutschland in höher nicht erhört war“, beschuldigt. Ja, es ist nach dem stenographischen Bericht dem Abgeordneten Röderath sogar möglich gewesen, den Magistrat der Stadt Elbing, eine von der königl. Regierung und Sr. Majestät dem Kaiser und König bestätigte Behörde öffentlich zu schmähen, indem er ihn der „Dummheit“ und „größten geistigen Beschränktheit“ bezichtigte, ohne daß der Herr Präsident des Abgeordnetenhauses den Magistrat durch Ordnungsruf geschützt hätte. Dieser in der parlamentarischen Geschichte unerhörte Ausbruch subtiler Erregtheit gegenüber einer öffentlichen Behörde, welcher von vornherein

matischen Vorgänge herab, welche zur Aufrichtung des deutschen Reiches führten, die damals jene burleske Szene ansahen, welche dem tiefsten Fall Preußens voranging. Sehr drastisch schildert Metternich eine Szene, wo er mit Hardenberg die Absendung v. Haugwitz nach Wien vertraulich besprechen will, Haugwitz im Vorzimmer schon wartet und Metternich sehr laut reden muß, um sich dem schwerhörigen Hardenberg verständlich zu machen. Bei der Nachricht von der Schlacht von Austerlitz, die durch eine „beleidigende“ Meldung von Haugwitz aus Wien hier bekannt wurde, war Metternich noch hier. Von König Friedrich Wilhelm III. sagt Metternich, er sei von einem französischen Jakobiner Lombard und einem deutschen Jakobiner Beyne umgeben und habe eine Vorliebe für alle französischen Regierungen, welche sich seit der Revolution gefolgt seien. Es ist unmöglich, ein Bild der Geringshägung zu geben, mit welcher Metternich von hier berichtet; das Hin- und Herzerren, das sich die in Berlin akkreditirten Diplomaten gestatten durften, beweist, wie wenig sie ihren Empfindungen zwang auferlegten.

* Aus Gutzlow's Leben. Rudolph Genée veröffentlichte in der „National-Zeitung“ eine interessante Unterredung, welche er im Jahre 1855 in Bayreuth mit Karl Gutzlow hatte, der, damals an Verfolgungswahn leidend, sich in einer Heilanstalt befand. „Als ich mich gezeigt batte“, erzählt er, „begannte Gutzlow seinen Bericht mit solcher Klarheit, in so vollkommen richtigem logischen Zusammenhang, der mir ja schon bekannte Vorgänge, so fest und sicher, daß man hierbei den Gedanken an eine geistige Störung dieses Mannes hätte verlieren können. Seine Kämpfe und Streitigkeiten in der Schillerstiftung, deren befeldeter General-Sekretär er bekanntlich vom Herbst 1851 bis zum Herbst 1864 gewesen, die Aberglaube, welche ihm durch widerstreitende Meinungen und angeblich gegen ihn geponnierte Intrigen bereitet wurden, bildeten den Ausgangspunkt seines Berichtes. Schon hierbei hatte er wiederholt und mit geistiger Erregtheit Dingelstedt's gedacht. Dann fuhr er ungesähr so fort: „Zu den fortwährenden Aufregungen, in welche mich die Angelegenheiten verfieben, kam noch hinzu, daß durch angestrengtes Arbeiten an einem neuen Roman (hier schaltete er wörtlich ein: „er spielt in Hohen schwangau“) meine Nerven sehr zerrißt waren. Zu alledem erfuhr ich endlich, daß sich ein Komitee gebildet, dessen Bestreben es war, mich geistig und physisch zu ermorden.“ Bei dieser Wendung steigerte sich des Sprechenden Aufregung in hohem Maße, er stand auf und ging mit großer Unruhe auf und nieder. Dann wieder stehen bleibend, fuhr er in seinem Berichte fort: wie dies Komitee über Deutschland verbreitet sei und daß Dingelstedt an der Spitze desselben stehe. Endlich kam er dann auch auf seinen Selbstmordversuch zu sprechen, den er nur kurz und mit einer gewissen Scheu erwähnte und einer vorübergehenden geistigen Störung zuschrieb, welche er durch die mannigfachen Erstickungen seines Gemüths erlitten hatte. Diese geistige Störung hielt er, wie

jede Vertheidigung abgeschnitten war, hat im deutschen Volke längst eine Verurtheilung erfahren und wir müssen uns bei diesem Verdikt beruhigen, da der Redner seine Stellung als Abgeordneter gegen die Anklage wegen Beleidigung schützt. Anders verhält es sich mit dem uns gemachten Vorwurf der Induldiankeit und der Unterdrückung der katholischen Minderheit, welcher, wenn er begründet wäre, unserer ferneren Amtsführung jeden Boden entzöge. Wir protestieren daher zu nächst gegen diese völlig unbegründeten schweren Beschuldigungen hiermit auf das Entschiedene und Feierliche und provozieren auf das Urtheil der gesetzlich berufenen, aus freier Wahl der Bürgerschaft hervorgegangenen und alle Konfessionen umfassenden Gemeindevertretung, ob wir bei irgend einer Gelegenheit unsere katholischen Mitbürger bedrückt und Induldianität gegen dieselben geübt haben. Wir wollen uns diesem Urtheil der Gemeindevertretung unterwerfen, mag es ausfallen, wie es wolle. Wir werden aber auch, wenn wir das Vertrauen Derer besitzen, welche uns auf unseren Platz berufen haben, unbeirrt um Verunglimpfungen aller Art, die unserer Fürsorge anvertrauten Gemeindeangelegenheiten auch fernher den Gezeiten gemäß, unparteiisch und fest wie bisher, mit allen unseren Kräften und nach bestem Wissen und Gewissen verwalten und es getrost dem öffentlichen Urtheil überlassen, ob wir die Unschuldigungen verdienten, welche von gemischt Seite her so gern gegen uns erhoben werden. Elbing, den 30. Dezember 1879. Der Magistrat. Thomale.

Stadtverordnetenbeschluss: Elbing, 2. Januar 1890. „Die aus freien, öffentlichen und geheimräumlichen Wahlen sämtlicher wahlberechtigten Bürger Elbings aller Konfessionen hervorgegangene Stadtverordnetenversammlung schließt sich den Erklärungen des Magistrats in der Vorlage vom 30. Dezember 1879 an und bezeugt, daß sie sich in vollem Einklang mit dem Magistrat bezüglich seines Verhaltens in den Angelegenheiten des Volksschulwesens, sowie seines Verhaltens den konfessionellen Interessen gegenüber befindet. Die Versammlung weiß auch ihrerseits die Ausflüsse und Beleidigungen, deren sich der Abgeordnete Dr. Röderath in der Sitzung des Abgeordnetenbaus vom 18. Dezember 1879 über „eine Unterdrückung der konfessionellen Minderheit unserer Stadt durch eine Gemeinde-Diktatur“ bedient hat, auf diesem Wege als entstellend und wahrheitswidrig zurück, da dieselben vermöge des Schutzes der Redefreiheit der Abgeordneten dem Richter unerreichbar sind. Die Versammlung konstatirt vielmehr, daß bisher Friede und Eintracht unter den Angehörigen sämtlicher Konfessionen hiesiger Stadt in und außerhalb des Gebietes der Volksschule geherrscht hat, deren Störung nur durch Manifestationen wie die des Herrn Dr. Röderath herbeigeführt werden könnte; daß insbesondere die angestrebte Einrichtung paritätischen Volksschulwesens von dem Beifall und der Mitwirkung auch unserer katholischen Mitbürger in und außerhalb dieser Versammlung getragen ist. Indem die Versammlung daher den Magistrat erachtet, auf dem bisherigen Wege in stetem Zusammenwirken mit den Vertretern der Bürgerschaft unbeirrt zu beharren, beantragt sie, diesen gemeinsamen Protest der Diktaturfreiheit zu übergeben. Die Stadtverordneten-Versammlung (ges.) H. Wiedwald. Reimer. Oskar Art. Hugo Breitenfeld. Beeslack.“

Der in Zürich erscheinende „Sozialdemokrat“, das „Internationale Organ der Sozialdemokratie deutscher Jungen“, führt eine sehr ungenierte Sprache. In seinem Weihnachtsartikel macht er sich zunächst lustig über die freissinnige Tagespresse, welche anlässlich des Friedensfestes von Liebe und Friede und Versöhnung redet und diese „altersgrauen Ladenhüter hervorhole“ und dem Volke „aufzubürdnen“ sucht... Dann fährt das Blatt sehr unzweideutig fort: „Nicht Frieden wollen wir, sondern Krieg — Krieg gegen das ganze Gebäude von Utrecht, Schmack und Elend, das sich heutige Staats- und Gesellschaftsorganisation nennt; und der Krieg soll nur mit unserem Sieg enden. Im Weiteren betont das Blatt, daß es eine „Versöhnung zwischen der alten Welt der Klassenwörter und der neuen sozialistischen Welt nicht gäbe; von Versöhnung wollen die Herren Sozialdemokraten erst reden, wenn die „Zwingherren alle zu Boden liegen“ und so weiter. „Unsere Feinde thun wohl“, heißt es in dem Artikel weiter, „wenn sie uns zu verderben trachten; denn als Sieger werden auch wir sie nicht nur niederschmettern, sondern sie vernichten und nicht ruhen,

gesagt, für eine vorübergegangene, während er dabei seine fixe Idee von dem gegen sein Leben gerichteten „Komite“ vollkommen festhielt. Als er nochmals auf Dingelstedt, als den Dirigenten jener Verbindung, zu sprechen kam, versuchte ich, durch ein halbes Eingehen auf seine Behauptung, ihn von diesem Wahne loszubringen. Ich fühlte, selbst eine üble Meinung von Dingelstedt's Gesinnung gegen ihn zu haben, fuhr aber dann lächelnd fort, ich hätte trotzdem die feste Überzeugung, daß derselbe einen solchen Entschluß, ihn zu ermorden, niemals ausführen würde. Da flammt es unheimlich und wild in Guskow's Blicken auf, und er rief mit bebender Heftigkeit: „Dingelstedt! Hier auf dieser Stelle würde er mir das Messer stoßen!“ Hiergegen war nichts zu machen. Um aber den Aufgeregten etwas zu beruhigen und auf andere Gedanken zu bringen, trat ich ans Fenster und äußerte meine Freude über die angenehme Lage seiner jetzigen Wohnung. „Ja“, sagte er bitter, „sehen Sie nur die Eisenstäbe“, wies dabei auf die in der That zu seiner Sicherheit vergitterten Fenster. Dann blieb er mit mir hinaus und deutete auf eine Gruppe von Leuten, welche draußen in den Gartenanlagen mit Erarbeiten beschäftigt waren, und sagte: „Sehen Sie diese Leute dort; die gehören alle zu dem Komite und stehen alle im Solde des schrecklichen Menschen, der mich hier gefangen hält.“

* Der norwegische Dichter Björnsterne Björnson, der sich in Wien aufhält, läßt folgende Erklärung veröffentlichen: „In verschiedenen Blättern findet sich eine Notiz des Inhalts, daß König Oskar II. von Schweden und Norwegen anlässlich eines meiner Stück missbilligte Ausflüsse über das Stück sowohl wie über meine Persönlichkeit und meinen Charakter gethan habe und daß ich in Folge dessen ein Schreiben an den König gerichtet hätte, in welchem ich Satisfaktion begehrte und sogar eine Herausforderung zum Duell in Aussicht gestellt hätte. Es sei darauf hinzu, daß ich befände mich nun mehr eigentlich auf wilder Flucht, während ich nur auf einer Vergnügungs- und Studienreise durch Deutschland begriffen zu sein glaubte. Die Wahrheit an der Sache ist viel einfacher und beschränkt sich auf Folgendes: In dem Flaggenstreite, welcher im vergangenen Winter das Volk Norwegens beschäftigte, in dem Streite nämlich um die Selbstständigkeit des norwegischen Flaggenzeichens, war mir von verschiedenen Seiten und wiederholt hinterbracht worden, König Oskar, von diesem Parteifanpiele lebhaft irritirt, habe auf seinem Schlosse zu Stockholm in zahlreichem Kreise geladener Personen, unter welchen sich auch politische Führer befanden, mit bestiger, scharf vernebmlicher Stimme in einer Weise gesprochen, welche ich als eine Bemäkelung meiner persönlichen Ehre auffassen mußte. Diese Ausflüsse trafen mich um so empfindlicher, als dieselben im Widerspruch mit den Ausdrücken wohlwollender Gesinnungen standen, in denen König Oskar bis dahin, wie es mir bekannt war, von mir gesprochen hatte. Deshalb wandte ich mich an den norwegischen Staatsminister Stang in Christiania mit einem Briefe, worin ich ihm die Sache vortrug und in ehrerbietiger Form mir eine Erklärung ausbat. Ich nahm in dem Briefe die Möglichkeit an, daß mir Unrichtiges hinterbracht worden sein könne, und fügte hinzu, daß auch nur ein leises gutmachendes Wort von Seiten des Königs mich zufriedenstellen würde. Das war kurz vor meiner Ab-

bis auch das letzte Atom des staatlichen, wirthschaftlichen und geistigen Herrscherthums im Winde zerstoben ist. . . .“ So nimmt sich die Sozialdemokratie ohne Schleier und Maske aus.

— Die „Kölner.“ theilt den Erlaß der Regierung zu Arnsberg an die Landräthe, betreffend den Religionsunterricht in den Volksschulen, mit. Er lautet wie folgt:

Arnsberg, 16. Dezember 1879. Ausgehend von der auch von dem Herrn Kultusminister vertretenen Ansicht, daß die sittlich-religiöse Erziehung und Unterweisung der Jugend in der Schule eine Angelegenheit ist, an welcher der Staat als rechtlicher Träger der Leitung und Beaufsichtigung des gesamten Unterrichtswesens und die Kirche als christliche Heilanstalt ein durch gemeinsame Arbeit auf dem Gebiete der Schule zu betreibendes gleiches Interesse haben, können wir nur wünschen, in dem Stand gezeigt zu sein, den berufenen Organen der christlichen Kirchen die entsprechende fördernde Mitwirkung bei der Pflege der Volksschule einzuräumen. Ein Hochwohlgeborenen ist aber bekannt, wie der systematische Widerstand der katholischen Geistlichen gegen staatsgesetzliche Schulordnungen ihnen an vielen Orten die Schulen verschlossen hat und noch verschließt, — insonderheit hat dazu die bekannte lippstädtische Erklärung Anlaß gegeben, welche von der Mehrzahl der katholischen Geistlichen der Diözese Paderborn unterzeichnet und durch die Zeitungen veröffentlicht worden ist. Wir nehmen gern an, daß die Unterzeichner sich über die nothwendigen Folgen der vorgedachten Erklärung im Verlaufe der Zeit klar geworden sind, — und daß überhaupt in den beteiligten Kreisen gerade jetzt größere Verübung eingetreten ist, welche erwarten läßt, daß die betreffenden Geistlichen, wenn sie zur Leitung und bezw. zur Ertheilung des Religionsunterrichts wieder zugelassen sind, die mittels der Volksschulen erzielten erziehlichen Zwecke des Staates nicht gefährden und alle rechtmäßigen Anordnungen der Schulaufsichtsbehörde pflichtmäßig entsprechen werden. In dieser Erwartung beabsichtigen wir, gemäß den Intentionen des Herrn Ministers, die an sich erprobliche Beihilfe der Geistlichen bei Lösung der Aufgaben des öffentlichen Unterrichts wieder einzutreten zu lassen, so weit es irgend möglich ist. Zu dem Ende beauftragen wir Ew. Hochwohlgeboren, schleunigst unter Ausfüllung der beiden anliegenden Listen, deren Eine sich auf die Leitung, bezw. Ertheilung des Religionsunterrichts in der Volksschule, die andere sich auf die Benutzung des Schullokals für die Ertheilung des kirchlichen Beicht- und Kommunionsunterrichts bezieht, zur Sache zu berichten. Daß Sie sich befreu dieser Berichterstattung in prinzipielle Erörterungen mit den betreffenden Geistlichen einlassen oder schriftliche Erklärungen von denselben erfordern, wünschen wir nicht; es genügt, wenn Ew. Hochwohlgeboren nach Ihrer Erfahrung und gewissenhaften Überzeugung die loyale Haltung des in Betracht kommenden Geistlichen, namentlich auch bezüglich der Thätigkeit in der Schule, glauben in Aussicht stellen zu können. Nur ernste und erhebliche, durch Tatsachen unterstützte und bis in die neueste Zeit fortwirkende Gründe dürfen es sein, welche die Ausschließung eines Geistlichen von der Leitung und Ertheilung des Religionsunterrichts, resp. von der Benutzung des Schullokals zu Zwecken des kirchlichen Beicht- und Kommunionsunterrichts auch fernher zu rechtssicheren vermöchten.

Ew. Hochwohlgeboren Berichte sehen wir binnen vierzehn Tagen entgegen. Wie solches vermittelnde Vorgehen der Regierung nur den ultramontanen Hochmuth zu steigern vermag, kann man aus folgenden Bemerkungen ersehen, welche die „Germania“ an die obige Mittheilung der „K. B.“ knüpft. Sie schreibt:

Die „Kölner.“ will aus diesem Schreiben ersehen, „wie streng am staatlichen Standpunkt in der Schulfrage prinzipiell seitgehalten wird, wie liberal man dagegen in einzelnen Fällen den Seelsorgern entgegenkommt“. Das Erste ist sehr bedauerlich und letzteres ist schwer einzusehen; eine wahrhaft liberale und weise Politik hätte einfach die gänzlich unmotivirte, in der leidenschaftlichen Hitze des „Kulturmäßigen“ angeordnete Auschließung so vieler Geistlichen aus der Schule zurückgenommen. Inzwischen darf man dem Herrn Kultusminister die Ansernung nicht verügen, daß er die verbängnisvollen Misgriffe seines Vorgängers in etwas gut zu machen sucht; er würde sich aber in schwerem Irrthum befinden, wenn er dadurch den Klerus in seinen Grundsätzen über die Rechte der Kirche bezüglich des Religionsunterrichtes wankend machen zu können hoffen sollte. Die Bemerkung der Arns-

reise von Christiania und ich verließ meine Heimath, ohne noch eine Antwort auf mein Schreiben erhalten zu haben. In Deutschland nun überraschte mich die Nachricht, daß ein reaktionäres Blatt in Kopenhagen, „Dagbladet“, die Sache in die Öffentlichkeit hinausgezerrt und eine mir feindliche Darstellung davon gegeben habe. Nicht ich also habe irgendwie der Entscheidung des Königs vorgegriffen und nicht ich habe die Anregung dazu gegeben, die Sache vor die Öffentlichkeit zu bringen. Ich kann nur mein Bedauern darüber ausdrücken, daß es geschehen ist, bevor die Angelegenheit sprachreif geworden ist, denn ich muß noch immer die Möglichkeit voraussehen, daß die Ausflüsse des Königs in entstellter Form zu mir gelangt sind.“

* Zur Feuerbestattung. Man schreibt aus Gotha: Am 10. Dezember 1878 fand die erste Feuerbestattung hier statt. Fünfzehn andere sind ihr bis heute gefolgt, sechzehn Feuerbestattungen sind daher das Ergebnis des ersten Jahres, seit die Bestattung im Feuer von und für Federmann gewählt werden kann. Deutsche Städte, nämlich Langensalza, Naumburg, Neustadt a. d. Orla, Leipzig, Dresden, Bamberg, Hannover und Breslau haben Leichen zur Feuerbestattung hierher überführt, Dresden deren zwei; aus Österreich war Wien vertreten. Zur Begehrung eines Leichnams im Feuer bedurfte es mindestens anderthalb und höchstens zwei und einer halben Stunde. Das Zeitminimum genügte namentlich dann, wenn bei auseinanderfolgenden Bestattungen — am 11., 12. und 13. November fanden solche statt — an Stelle eines Holzsarges ein Sarg aus leichtem Zintblech den Leichnam umschloß. Die Kosten der Feuerbestattung, welche der Apparat erfordert, belaufen sich gegenwärtig auf 90 Mark, hierzu treten 30 Mark Stolgebühren und weitere 30 Mark für das die Leiche vom Bahnhof abholende Personal, wenn dieselbe mit der Bahn hier angelangt ist. Dem Geschlechte nach sind Männer und Frauen, der Konfession nach Christen und Juden, Protestant und Katholiken im Feuer bestattet worden. Bei der Feuerbestattung der Letzteren sah sich der hiesige katholische Geistliche nicht in der Lage, in der Leichenhalle mitzuwirken. Die evangelische Geistlichkeit hat es aber in Folge Aufrufung gern übernommen, die Trauerrede zu halten und den Segen der Kirche zu sprechen. Würde und Ernst werden der Trauerhandlung bei einer Feuerbestattung in jedem Falle in vollkommenem Weise gewahrt.

* Ein Trinkspruch Fritz Reuters. Der „Berl. Mont.-Ztg.“ ging der folgende, bisher ungebrückte sinnig-ernste Trinkspruch Fritz Reuters zu, den dieser einst im Freudenkreise bei Übergabe eines Deckelglases an einen Feestgenossen ausbrachte. Die (gegenwärtig in Berlin weilende) Gattin des dahingeschiedenen unvergesslichen Dichters ertheilte in liebenswürdigster Bereitwilligkeit die Erlaubnis zur Veröffentlichung:

„Hoch schämt das Glück in Deines Lebens Becher,
Du schlürfst es heut im durstigen Genuss;
Auf Deinen Lippen glüht der Kuss,
Du siebst trunken da, ein Liebeszecher.
Schau her! Ich will sein bildlich es Dir zeigen:
Der Schaum verschwindet bald von unserm Glück;

berger Regierung über die Stellung des Klerus zu der Lippstädtischen Erklärung darf als eine bloße Phrase betrachtet werden, da man in Regierungskreisen sehr wohl weiß, wie „klar“ sich die Unterzeichner der Erklärung über die angeblich „nothwendigen Folgen“ der selben gewesen sind. Dagegen finden wir es verständig, daß die Regierung von prinzipiellen Erörterungen mit den Geistlichen und von der Forderung von Erklärungen derselben absieht; das wird aber die Geistlichen, welche die Erheilung resp. Leitung des Religionsunterrichts in Folge der Aufhebung des Verbotes der Regierung wieder aufnehmen, nicht hindern, ihrerseits die Regierung über ihre Auffassung der kirchlichen Rechte bezüglich des Religionsunterrichts nicht im Unklaren zu lassen.“

— Die Anmeldungen zu der Anfangs Oktober dieses Jahres in Melbourn zu eröffnenden Ausstellung müssen bis 15. kommenden Monats hier erfolgen; doch hat sich der Reichskommissar für jeden Einzelfall Entscheidung vorbehalten, weil der Deutschland vorbehaltene Raum näher festzusehen war.

Von der russischen Grenze. 4. Jan. [R. H. Ztg.] Ein geheimer voller Fund. In der neueren Zeit sind in der Umgegend von Warsaw wiederum einige Fälle von Kinderpest vorgekommen. Die Grenzbeamten sind deshalb angewiesen worden, die angeordneten Maßregeln zur Verhütung der Seuche genau in Anwendung zu bringen. — In B., einem kleinen Städtchen in der Nähe unserer Grenze, wurde in diesen Tagen in einem Keller, der an einer Stelle schadhaft geworden war, eine Reparatur vorgenommen. Unter der ausgenommenen Erde bemerkte man auch einige Knochen und in Folge dessen untersuchte man die Stelle genau. Bald zog man die Gebeine von drei anscheinend jungen Menschen hervor. Ebenso fand man dort nach eifrigem Suchen auch einige Militärfesten vor. Man will hieraus schließen, daß in dem Keller einige polnische Insurgenten auf eine geheimnisvolle Weise ihr Grab gerunden haben. Es wurde bereits im Jahre 1863 geheimnisvolle Gebeine von dem damaligen Besitzer des Hauses. Dieser zog bald darauf ins tiefe Russland und weilt heute vielleicht nicht mehr unter den Lebenden. Man erzählt von ihm hier Folgendes: In das Häuschen, das in der Nähe des Thores liegt, feierten im Jahre 1863 drei blutjunge Insurgenten, Söhne von reichen polnischen Edlen, auf ihrer Flucht nach Preußen ein. Die Nachbarn haben die Leute zwar einfahren, aus Mitleid mit den Flüchtlingen schwieg man darüber; es hat jedoch Niemand bemerkt, daß die Leute aus jenem Hause auch weitergegangen sind. Der Besitzer lebte vorher in ähnlichen Umständen, fing jedoch an, größere Geldsummen umzusetzen. Als sich dann die Bewunderung der Nachbarn über diese Veränderung in Worten Lust machte, verkaufte er Haus und Hof und verschwand aus der Gegend. Der geheimnisvolle Fund erzählt uns heute mehr von ihm. Die drei Insurgenten wollten wahrscheinlich durch Preußen nach der Schweiz resp. nach Frankreich flüchten. Diese Leute waren stets im Besitz von bedeutenden Geldsummen, was ihr Hauswirth nur zu bald merkte. Die Leute wurden also fast gemacht, ihres Geldes beraubt und im Keller an einer geborgenen Stelle gebettet. Die grausige That kam erst heute ans Tageslicht. Wird der Arm der Gerechtigkeit auch noch den Thäter erreichen? (R. H. Ztg.)

Frankreich.

Paris. 3. Januar. Etwas spitzig bemerkte das „XIX. Siècle“ zu der Neujahrsunterredung zwischen Herrn v. Freycinet und dem Fürsten Hohenlohe:

Man wird uns gestatten, bei den offiziösen Befeuernungen, welche Fürst Hohenlohe Frankreich und seiner Regierung zu machen glaubte nicht länger zu vermeiden; in solchen Fällen fühlt sich unsere Freude immer unter der Herrschaft eines gewissen Zwanges. Am Ende aber haben wir keinen Grund, zu versetzen, daß wir von den Wünschen des Deutschen Botschafters zu Gunsten der Fortdauer der guten Beziehungen seines Landes mit Frankreich angenehm berührt sind. Wir verlangen von den Deutschen ihre Freundschaft eben so wenig, als sie in Grunde nach der unfrigen trachten. Was aber Franzosen und Deutschen jeder für seinen Theil in der ganzen Aufrichtigkeit seiner Seele lieben und pflegen können, das ist der Friede. Die Fortdauer der friedlichen Politik, welche in Paris, wie in Berlin, die Oberhand hat, ist für die Deutschen wie für uns das Allerfreudlichste. In diesem Sinne glauben wir, daß es in Frankreich keinen Patrioten gibt, der nicht die Ideen des deutschen Botschafters theile. Seien wir, wenn nicht gegen seitige Freunde, so doch Freunde des Friedens: das ist natürlicher und das kann genügen.

Der edle Frank bleibt klar zurück —
Ein echtes Glück läßt keine trüben Neigen!
Doch spar' damit (er trinkt) — in kleinen, kurzen Zügen
Genieße es (er trinkt); nur dann bekommt Dir's gut;
Den, der im Glück auf seiner Hut,
Wird nie des Lebens Ungemach bejagen (er trinkt).
Und wenn des Pulses Schlag beginnt zu sinken,
Und trockenweiß' die Kraft und Lust verrimmt,
Dann mag mit sanftem Lächeln lind
Und still der Tod die lebte Neige trinken.
(Er leert das Glas und kehrt es um.)
Wie diese Tropfen hier zur Erde fließen,
So sollen Thränen auf Dich niederhau'n —
In's brechend' Auge Dir die Liebe schau'n,
Und (den Deckel leise senkend)
Freundeshand den Sargdeckel schließen.“

* Ein Brief Rothschild's. Es befindet sich unter den am 16. d. J. durch Rudolph Lepke in Berlin zur Versteigerung kommenden Autographen auch ein Brief A. M. Rothschild's, des Gründers des großen Bankhauses. Es ist dies ein an hessischen Minister gerichtete Mahnmachreihen, das aus dem Jahre 1804 stammt und durch die eigentümliche Schreibweise und Weltanschauung, welche sich darin funden, allgemein interessiren dürfte. Der Brief lautet: „Aber mit Bewunderung denken Sr. Hoch. Durchlaucht gar an keiner Zahlun scheint wohl, daß höchstselbst Vermeinen daß ein Prinz nicht Beplikt ist Prinzhafte Zahlung zu beorgen, sollte das sein, so gestehe auf Sche mit Meinem geringen Caracteur zufriden bin, so würliche ich nur E Tag den Zahltag in der 3ten Maywoch ein Prinz zu sein, daß ich au nichts zu bezahlen benethigt wehre, allein daß sein seine Sache, wie es mich alles in der Welt soll kosten, so muß meine Zahlung nicht leisten, so hoffe ich daß ein Prinz daß nehmliche zu tuhn Schuldig ist — — — solte den ein Prinz zu einem Großen Vorrecht Geniesen, daß frühe möglich jemand dabei bestehen bleibe, sein sie gesichert Mein Ge der haltest mir Meine Ehre u. Meine Ehre ist Mein Leben, wehr in Mein Geld nicht Zahlt, der nehmst mir Meine Ehre.“

* Franz Liszt, welcher bisher Akte war, ist vom Papst zu Ehrenkanonik von Albano ernannt worden. Er wird, um sein Konzert zu inauguriiren und das Glend der Diözese Albano und Tivoli zu mildern, in Tivoli in der Villa d'Este ein großes Konzert zu Besten der Armen geben. — Das munichener „Vaterland“ erinn grimmig daran, daß Liszt noch auf der Liste der dem Blatte verhaft Freimaurer stehe.

* Durch ein Meteor getötet. Aus Kansas wird das genelten eintretende Ereignis gemeldet, daß ein Viehtreiber Namens Edward Meisenhaller aus WhiteStone, Kansas, durch ein Meteor getötet wurde. Der ganze Körper des Mannes soll furchtbar verstimmt worden sein.

Genau so, glauben wir, war es deutscherseits gemeint. Die „République Française“ ihrerseits erklärt den boshaften Insinuationen der feindlichen Parteien gegenüber:

Die auswärtige Politik Frankreichs bleibt nach wie vor dieselbe. Sie bedeutet eben so wenig Enthaltung und Thatlosigkeit, als eine Neigung, die Schranken einer friedlichen und gemäßigten Rolle zu überschreiten. Wozu Frankreich sich auf dem Berliner Kongreß verpflichtet hat, das wird es thun. Es wird im Verein mit den anderen Unterzeichnern des Berliner Vertrags die von dem Kongreß für die Be schwichtigung des Orients vorgeschriebenen Heilmittel zur Anwendung bringen. Es wird auch ferner der Anwalt der kleinen Nationalitäten sein und die Interessen Griechenlands in einem Konflikt vertheidigen, der nun schon allzu lange dauert. Es wird sich wieder im Orient noch anderwärts einen Eingriff in fremde Rechte erlauben, aber auch nicht versäumen, seine eigenen zu vertreten. Seine Initiative ist in Egypten stark engagiert. England und Frankreich haben dort eine auf den wohlverstandenen beiderseitigen Interessen beruhende gemeinsame Aktion unternommen und allen Anschlügen gegen ihren Einfluß vereint widerstanden. Sie haben unzulässige Wettbewerbungen ausschließen und der Regierung des Kedive eine wachsamen Kontrolle beigegeben zu sollen geglaubt. In der egyptischen Frage, wie in jeder anderen, wird die republikanische Politik die Konsequenz der von ihr bestätigten Thatsachen gelten lassen. Was aber den Italienstreit, die nationalen Umwandlungen und die Kämpfe um Einfluß betrifft, denen Europa zum Schauplatz dient, so hat Frankreich sich wegen derselben ebensoviel zu beunruhigen, als an ihnen einen aktiven Theil zu nehmen. Es wird ihnen mit der wachsamsten Aufmerksamkeit, mit dem Bewußtsein seiner Stärke und mit der Gewissheit folgen, daß kein europäisch wichtiges Ereignis sich vollziehen kann, ohne daß man es zu Rathe gezogen hätte.

Großbritannien und Irland.

London, 3. Januar. [Von der eingestürzten Taybrücke. Kaiserin Eugenie. Armen gab es der Königin in Victoria.] Die Taucheroperationen an der Taybrücke bei Dundee wurden gestern abermals durch stürmisches Wetter unterbrochen. Man glaubt, in Broughty Ferry genügend Trümmer aufgefunden zu haben, um das Verschwinden der vier vernissierten Waggons zu erklären, und daß sich in den mit Eisenwerk bedeckten Waggons keine Leichen mehr befinden; diese sind ohne alle Zweifel nach dem Meer getrieben worden. Es sind Befehle zur Überwachung der Mündung gegeben worden; der Direktor der Nordbritischen Eisenbahn hat für die Beibringung einer jeden Leiche die Summe von 5 Pf. St. nebst Vergütung der Unkosten ausgesetzt. — Auf Wunsch der Königin wird der Brigadegeneral Sir Evelyn Wood die Kaiserin Eugenie nächsten Monat nach Afrika geleiten. — Die Neujahrsgaben der Königin an die Armen von Windsor wurden gestern in der Reitschule des Windsorschlösses vertheilt. Dieselben bestanden aus Rindsleisch im Gesamtgewicht von 3221 Pfund, das unter 814 Arme zur Vertheilung gelangte. Außerdem wurden 1200 Centner Kohlen in die Wohnungen der Armen geschickt.

[Der Bizekönig von Indien] hat eine Neujahrsrede gehalten, in welcher er es als seine Hauptaufgabe im Laufe dieses Jahres bezeichnet, Afghanistan zu pazifizieren und zu verhindern — eine doppelt schwierige Aufgabe, wenn man die auch nach dem letzten Roberts'schen Siege noch immer in Afghanistan herrschenden Zustände berücksichtigt. Kabuls Festung, der Palast Hissar, hat keine Garnison erhalten; man nimmt an, daß der Feind daselbst Minen gelegt hat. Der Feind versprach am Dairez-Feste, am 21. März, wiederzukommen. Die Forts in der Umgebung von Schirpur werden abgetragen und der Grund geschleift. Nur die muhammedanischen Häuser in Kabul sind unversehrt geblieben. Die Straßen sind verlassen, und die Häuser in Erwartung eines Strafkampfes mit Schießcharakter versehen worden. Die Khyber-Verstärkungen veranlaßten den Feind, Kabul zu räumen. Bezuglich der Transport-Schwierigkeiten herrscht große Unzufriedenheit in Indien. General Gough marschierte fast ohne Nationen und mit einer Fourrage für nur vier Tage nach Kabul. Die Regierung rechnete auf Nafus's Kriegs-Vorräthe; allein der Feind hat über 200 Tonnen davongeschleppt. Im Khyberthal ist der Kampf wieder aufgenommen worden.

Rußland und Polen.

[Die russische Politik und das Weichselgebiet.] Ein offiziöser Berliner Brief in der wiener „Polit. Corr.“ sagt über die neulichen Veröffentlichungen bezüglich der früheren russischen Anerbietungen an Preußen, ihm Theile Polens abzutreten:

Der Panlawismus hat neuerdings vielfach den Versuch gemacht, die Polen in seine Feindlichkeit gegen Deutschland zu verstricken. Vertraulich auf die leicht entzündliche Phantasie derselben, hat er allerlei Vorwiegungen verübt, um glauben zu machen, daß der russische Besitz Polens von Deutschland gefährdet sei, welches Polen für sich in Besitz nehmen wollte. Wiewohl von verständigen Polen selbst als thöricht zurückgewiesen worden, haben doch diese Insinuationen in einem Theile der deutschen Presse Eingang gefunden, was die „Nord. Allg. Ztg.“ veranlaßte, den Verdächtigungen ein kräftiges Dementi entgegenzustellen, an welche sich eine interessante Enthüllung knüpft. Nicht Deutschland strebe nach dem russischen Besitz in Polen, aber Rußland habe wiederholt die Abtretung des linken Weichsel-Ufers bald ohne, bald mit Warcau angeboten. Man darf annehmen, daß mit dieser Enthüllung ein weiterer Zweck verfolgt wird als eine bloße Berichtigung. Auch um die Kapitulation des alten Erfahrungssatzes von dem Wandel der Dinge ist es wohl nicht zu thun gewesen. Dieser empfängt allerdings eine piktante Illustration durch Gegenüberstellung der Politik der Kaiser Alexander I. und Nikolaus, von denen der Erster selbst unter Gegenanzeigung der Freundschaft und des politischen Anstandes auf Kosten Preußens seinen Besitz in Polen ausdehnte, während Kaiser Nikolaus sich vergebens bemühte, großer Gebietstheile Polens und damit einer schweren Last sich an Preußen zu entäufern.

In dem Artikel wird Rußland weiter die heilsame Lehre zugurufen, daß die Ausdehnung nach Westen ihm keinen Gewinn bringt, sondern durch die zur Aufrechthaltung des Besitzstandes erforderlichen Opfer ihn nur schwächen kann. Ueberschweinen — das wird der Panlawismus sich zur Lehre nehmen können — heißt nicht in Besitz nehmen.

Petersburg, 6. Januar. Aus Cannes vom 4. wird gemeldet: Die Kaiserin war am ganzen gestrigen Tage schwächer, hustete stärker und klagte über Herzschmerzen. Der Petit war geringer. Die Verschlimmerung fällt mit dem verstärkten Krankheitsprozeß der Lungen zusammen.

Petersburg, 6. Januar. Der „Regierungsanzeiger“ publiziert ein kaiserliches Dekret, betreffend die Ernennung Walujiw's zum Präsidenten des Ministersomite's und gleichzeitig zum Präsidenten der Bittschriftenkommission.

Telegraphischer Specialbericht der „Posener Zeitung“.

→ **Berlin**, 6. Januar, 7 Uhr Abends.

Dresden. Der Elbstand beträgt 150 Zentimeter über Null. Offiziell wird erklärt, jede Gefahr sei als beseitigt zu betrachten.

Paris. Ein amtliches Telegramm ist in der hiesigen chilenischen Gesandtschaft eingetroffen, wonach der Präsident von Bolivia, Daza, gestürzt und geflohen ist.

London, 6. Januar. Das Reuter'sche Bureau meldet aus Konstantinopel vom 6.: Lord Layard erhielt das von ihm in der Angelegenheit Sölle verlangte formelle aufklärende Schreiben des Polizeiministers und erklärte dasselbe für vollkommen zufriedenstellend. Zugleich einigte sich Lord Layard mit der Pforte dahin, daß Ahmed Tensik nicht nach Asien, sondern nach einer Insel mit christlicher Bevölkerung verwiesen wird. Die Differenz zwischen Layard und der Pforte ist somit vollständig ausgeglichen. — Nach einer Depesche Robert's aus Kabul vom 4. d. ist die Stadt vollständig ruhig. Eine Amnestie wurde proklamiert, wovon mir die Führer des Aufstands ausgeschlossen wurden.

Athen, 6. Januar. Die Ministerveränderungen werden erst nach dem Feste erwartet. Außer Delhannis würden Arghamatos und Baltimos zurücktreten und durch Papamichailopoulos, Röngscho und Grivas ersetzt werden. Komunduros würde das Ministerium des Auswärtigen und des Innern übernehmen.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Der rührige Verlag von Werner Große in Berlin bringt jetzt den fünften Jahrgang seiner „Neuzeit, Beobachtung für Alle“ zur Ausgabe, die sich einer Auslage erfreut, um welche sie die größten deutschen Zeitungen beneiden dürften. Wie es aber möglich, jede Nummer dieses belletristischen Journals, bestehend aus drei großen Quartalstafeln, für zehn Pfennige und dreizehn Nummern des Quartals, also 39 Bogen für eine Mark 25 Pf. zu liefern, ist ein für uns unergründliches Geheimnis des Herrn Werner Große. An Reichhaltigkeit des Inhaltes ist auch kein Mangel; so bietet beispielweise die uns vorliegende Nr. 1 dieses fünften Jahrganges den Anfang von einem Roman, zwei Novellen, einigen kleineren Erzählungen, buntes Alterei, Rätsel u. s. w., so daß es reichlich der Mühe lohnen dürfte, durch Einblick in dieses Heft sich von der Fülle des darüber anregenden Materials zu überzeugen.

Locales und Provinzielles.

→ **Posen**, 6. Januar.

△ [Der Oberlandes-Gerichts-Präsident von Kunowiski] ist heute zur Erledigung dienstlicher Geschäfte nach Ostrowo gereist.

— [Fünfzigjähriges Dienstjubiläum.] Herr Kreisgerichtsrath z. D. Groß, ein vieljähriges Mitglied der Abtheilung für Strafsachen des hiesigen früheren Kreisgerichts, seit dem 1. Okt. v. J. zur Disposition, feierte gestern (am 5.) sein 50jähriges Dienstjubiläum in stiller Zurückgezogenheit. Möge dem würdigen Jubilar, dessen Dienstlaufbahn fast ganz unserer Stadt angehört, und der sich überall Achtung und Vertrauen zu erwerben genutzt hat, ein schöner Lebensabend gewährt sein!

— [Für die nothleidenden Oberfräulein] sind, wie wir hören, von dem Feldartillerie-Regiment Nr. 20 und dem Fußartillerie-Regiment Nr. 5 sehr nachhaltige Bestände alter aber noch tragbarer Militärkleidungstücke unentgeltlich dem hiesigen Hilfskomitee überwiesen worden.

r. **Dem Realschuldirektor Dr. Weck** in Rawitsch ist der Titel „Professor“ verliehen worden.

— **Personal-Chronik**. Zu Amtsamtal bez. Stellvertretern sind ernannt bzw. bestellt worden: der Distrikts-Kommissarius und Bürgermeister Szabolcowski zu Pinne zum Amtsamtal bei dem Amtsgericht zu Pinne, der Assistent Rassemann in Schildberg zum Stellvertreter des Ersten Staats-Anwalts in Ostrowo für die Geschäfte des Amtsamtals bei dem Amtsgericht zu Schildberg, der Polizei-Inspektor Krause in Rawitsch zum Stellvertreter des Amtsamtals bei dem Amtsgericht zu Rawitsch, der Amtsgerichts-Sekretär Jakobowski zu Birnbaum zum Stellvertreter des Amts-Anwalts bei dem Amtsgericht zu Birnbaum, der Polizei-Kommissarius Veneksi zu Posen zum Stellvertreter des Amtsamtals bei dem Amtsgericht zu Posen, der Amtsgerichts-Sekretär Lüdke zu Schrimm zum Stellvertreter des Amts-Anwalts bei dem Amtsgericht zu Schrimm.

— **Der abgesetzte Pfarrer und Dekan Rzeczniewski** aus Jaroschin, welcher seinerzeit die Exkommunikation über den staatstreuen Pfarrer Kubeczek in Zions ausgesprochen hatte, ist bekanntlich flüchtig geworden und hält sich gegenwärtig in Glatzien auf. Im neuesten Amtsblatte der hiesigen fgl. Regierung wird der von dem früheren fgl. Kreisgericht zu Pleichen hinter Rzeczniewski erlassene Steckbrief wieder in Erinnerung gebracht.

r. **Der Altar**, von dem sich, wie in dem gestrigen Morgenblatt mitgetheilt, eine photographische Abbildung in dem Schaukasten des Wechsel'schen photographischen Ateliers am Wilhelmsplatz befindet, ist der neu errichtete Hochaltar (nicht ein Seitenaltar) in der St. Johannis-Kirche vor dem Warschauer Thor. Derselbe ist von den Baumeistern R. und B. Ballenfeldt zu Posen projektiert und unter deren Leitung in der hiesigen Zevaldschen Fabrik ausgeführt worden.

r. **In der hiesigen Diakonissen-Kranken-Anstalt** hat heute der Pastor Wolff (bisher in Schönau, Kreis Sternberg, in der Neumark) sein Amt als Geistlicher dieser Anstalt angetreten. Die feierliche Einführung desselben findet später statt.

— **Prüfung zum Einjährigen-Freiwilligendienst**. Gesuche um Zulassung zu der im Monat März 1880 stattfindenden Prüfung über die wissenschaftliche Befähigung zum einjährigen freiwilligen Militärdienst sind nach § 91 der Erlassordnung vom 28. September 1875 bis

spätestens den 1. Februar 1880 an die kgl. Prüfungs-Kommission für Einjährigen-Freiwillige in Posen zu richten.

— **Hohes Alter**. In Bromberg verstarb am 2. Januar der Schuhmachermeister Valentyn Turiewicz im hohen Alter von 112 Jahren. r. **Schwindel mit wohlthätigen Sammlungen**. In neuester Zeit ist mehrmals der Fall vorgekommen, daß Personen, die dazu nicht befugt waren, unter Vorstellung falscher Thatsachen für die notleidenden Oberschlesiener bei hiesigen Einwohnern Beiträge gesammelt haben, die sie alsdann für sich verwendet haben. Man wird demnach gut daran thun, derartige Beiträge entweder nur an den bekannten Sammelstellen zu entrichten, oder sie den Komitee-Mitgliedern, die sich zur Annahme von Beiträgen bereit erklärt haben, einzuhändigen.

r. **Die fünfzigste Aufführung der Oper „Halka“**. Moniuszko's Halka wurde am Montage im hiesigen polnischen Theater zum 50. Male vor vollkommen ausverkauftem Hause aufgeführt; unter den Anwesenden bemerkte man auch viele Mitglieder der hohen polnischen Aristokratie. Die Aufführung, bei der die besten Kräfte der hiesigen polnischen Bühne: Fr. Skalska (Halka), Fr. Smetana (Sofia), Fr. Compt (Dontek), Fr. Sachocki (Danus), Fr. Walujszenko (Stolni) und Fr. Raczyńska (als Ballettänzerin) mitwirkten, gestaltete sich zum Schlusse zu einer großen Ovation für Moniuszko. Es ging nämlich während des Schlusstableaus der Prospekt empor, und im Hintergrunde zeigte sich die Bühne des Komponisten, bekränzt von dem Genius de Konst mit einem Lorbeerkrantz, während die Musik ertönte und die Zuschauer in lebhafte Beifallsrufe ausbrachen.

○ **Zur Auszahlung von Bengembühren**. Dem vielfach vom Publikum beflagten Umstände, daß bei der neuen Einrichtung der Gerichtsstäle die Zeugen und Sachverständigen ihre Gebühren nicht mehr an Gerichtsstelle erheben können, sondern sich erst noch zu einer anderen Kasse zu begeben haben, soll in kürzester Zeit abgeholfen werden. Seitens des Herrn Finanzministers ist im Einverständniß mit dem Justizminister eine Verfügung dahin ergangen, daß künftig alle diesenjenigen Gerichtskostenhebstellen, welche sich in den Gerichtsgebäuden oder deren unmittelbarer Nähe befinden, die Zahlungen an die Zeugen auf Grund der von den Gerichtsschreibern ausgestellten Liquidationen, besorgen sollen. Um nun diese Verfügung in's Leben zu rufen, sind die zuständigen Behörden zum Berichte aufgefordert worden, ob und inwieweit nach Lage der lokalen Verhältnisse diese neue Einrichtung durchführbar ist, und weiter, ob es möglich ist, die betreffenden Hebstellen in die Gerichtsgebäude zu verlegen. Auch in Posen soll nun, wie wir hören, im Amtsgerichtsgebäude ein Local für die Kasse eingerichtet werden, und an diesem die Auszahlung der Gebühren an die Zeugen erfolgen. Dem Interesse des Publikums wäre damit augenzwinkend die Ausführung gelangt.

— **Abhaltung von Viehmärkten in den Kreisen Adelnau und Schildberg**. Mit Bezug auf die Amtsblatt-Befanntmachung vom 3. Oktober 1879, das Verbot der Abhaltung von Viehmärkten in den Kreisen Schildberg und Adelnau betreffend, bringt die hiesige fgl. Regierung im neuesten Amtsblatt zur öffentlichen Kenntniß, daß Märkte für Pferde und Schweine in den vorbeschriebenen Kreisen wieder abgehalten werden dürfen, wogegen es in Betreff der Märkte für Rindvieh bei dem erlassenen Verbote bis auf Weiteres verbleibt.

r. **Auf dem Wochenmarkt am Montage** wurden vier von einem Voigt aus dem Schröder'schen Kreise hierher gebrachte Hasen polizeilich konfisziert, weil nicht der Nachweis beigebracht werden konnte, daß dieselben in rechtmäßiger Weise erworben waren.

? **Lissa**, 4. Jan. [Stadtverordnetenversammlung] Gestern Nachmittag versammelten sich unsere Stadtverordneten in ihrem Sitzungsraale zur Einführung der mit dem Anfang d. J. in ihre Mitte tretenden neuen Mitglieder und zur demnächstigen Konstituierung der Versammlung. Nachdem das älteste Mitglied der Versammlung, Fr. Gymnasial-Oberlehrer Martens als Alterspräsident die Sitzung eröffnet hatte, wurden die neu gewählten Stadtverordneten (neben den wiedergewählten Herren Schönenberg, Max Moll, J. Nürnberg und Glabisch) und die neu gewählten Herren Gaithofsester Fr. Simon und Sattlermeister Contentus eingetreten) in ihr Amt eingeführt. Als dann schritt die Versammlung zu den alljährlich nötigen Wahlen, um das Büro, welches aus zwei Vorsitzenden und zwei Schriftführern besteht, zu bilden. Zum ersten Vorsitzer wurde wiedergewählt Kaufmann Drogand, zu seinem Stellvertreter Gymnasial-Oberlehrer Martens neu gewählt, zum ersten Protokollführer wurde wieder Kanzeleidirektor Grundmann und zu dessen Stellvertreter der Besitzer der Löwenapotheke, Herr Apotheker Wimmer, neu gewählt. Hierauf wurden die übrigen Geschäfte erledigt.

□ **Frankfurt**, 5. Januar. [Neujahrsumgängen] Das Gewerbe, unter dem Vorwande von Neujahrs-Gratulationen Haus für Haus herumzubetteln, steht hier noch auf sel tener Höhe. Es gratulirt der Küster, der Schornsteinfeger, Thurmwächter und Nachtwächter, selbst der Stadt-Musikus mit seiner gesammten Kapelle. Es wäre wohl an der Zeit, dem Beispiel anderer Städte zu folgen und diesen Unfug endlich einmal zu befechten. Gegen reisende Handwerksburgen wird mit großer Strenge verfahren, wenn sie irgendwo um eine Gabe ansprechen; es liegt gar kein Grund vor, gegen die einheimischen Bettler Nachsicht zu üben, da ja die Armenpflege hier gut organisiert ist und in Fällen wirklicher Noth bereitwillig Hilfe schafft.

? **Koschmin**, 4. Januar. [Wahl] Die wahlberechtigten Mitglieder der hiesigen evangelischen Gemeinde versammelten sich heute nach dem Gottesdienste, um die Wahl von 3 Mitgliedern für den Gemeinde-Kirchenrat und 9 Mitgliedern für die Gemeinde-Berretung vorzunehmen. Gewählt wurden: a) in den Kirchenrat: die Herren Bürgermeister Flosky und Gastwirth Ehrenberg von hier, und der Grundbesitzer Abraham aus Stannewo. b) In die Gemeindevertretung: die Herren Gutspächter Horn aus Raden, Gutspächter Salfeld aus Galonski, Rentier Kuhlau, Müllermeister Heide, Schuhmachermeister Flöter, Bäckermeister Marten von hier, Wirth Kindler aus Poln.-Koschmin-Hauland, Wirth Ludwig aus Kaniewo und Grundbesitzer Winkler aus Ladenberg.

—r. **Wolstein**, 5. Januar. [Kirchliche Wahlen] Wohlthätigkeitsfond. Bei der gestern nach Beendigung des Hauptgottesdienstes im evangelischen Schulhouse stattgefundenen kirchlichen Wahlen wurden zu Kirchenältesten die Herren: Müllermeister August Kude und Schmiedemeister Wilhelm Wilhelm wiedergewählt. Neugewählt wurden die Herren: Nagelschmiedemeister Karl Grade, Handschuhfabrikant Bernhard Waicher, Kupferschmiedemeister Heinrich Gutsche und Müllermeister Kleiber. Sämtliche 6 Gewählte sind von hier. Von den 18 gewählten Gemeindevertretern gehören folgende 7 Herren unserer Stadt an: Böttchermeister Heinrich Gellert, Müllermeister Karl Bübner, Konditor Oswald Meier, Kreissekretär Müller, Müllermeister Wilhelm Pich, Kaufmann Hermann Waicher und Destillateur Otto Seidler. — In nächster Zeit beabsichtigt der unter der Direktion des Herrn Kantors Nowicki stehende Gesangverein zu Gunsten der hier bestehenden Waisenhäuser aller Konfessionen eine musikalische Abendunterhaltung zu veranstalten.

§ **Wreschen**, 4. Januar. [Kirchliches Gesangverein-Trachten. Toller Hund. Diebstahl] Heute Mittag fand in der hiesigen evangelischen Kirche unter sehr geringer Beteiligung die Wahl von drei Kirchen-Altesten und neun Gemeinde-Berretern statt. Als Kirchen-Altesten wurden die Herren Landrat Freiherr von Seidlitz, Ledersfabrikant Seifert-Wreschen und Ackerwirth W. Maul-Kl.-Pfar. Hauland gewählt. Zu Gemeindevertretern wurden die Herren Bäckermeister Ziegler, Mühlensitzer Carl Sabens, sämtlich aus Wreschen und Rittergutsbesitzer Wendland-Bialezyce, Ackerwirth Bochow-Dtocno und Chaussee-Ausleher Wagner-Gr. Guttown gewählt. Der hiesige Gemeinde-Kirchenälteste besteht demnächst aus 6 Gemeinde-Kirchenältesten und 18 Gemeindevertretern. — Der hiesige Gesangverein „Concordia“ hielt am Sylvesterabend, in dieser Saison, im Gepner'schen Saale sein erstes Vergnügen ab. Nach-

Telegraphische Nachrichten.

Athen, 6. Januar. Delyannes demissionierte; der König nahm die Demission noch nicht an.

dem die Sänger die Lieder: „Freie Kunst und Trintlebne vorgetragen hatten, schloß sich daran ein Tanzabend, welches dieselben bis zum Grauen des neuen Jahres in fröhlicher Stimmung beisammen hielten.“ — Gestern stand der Fleischbeschauer Restaurateur Melzer in zwei Schweinen, welche beide dem Fleischer D. gehörten, Trichinen vor. Beide Schweine hatten einen Wert von 138 M. und waren in der deutschen Versicherungsanstalt gegen Trichinenschaden in Hannover versichert. Zu bemerken ist, daß Melzer in der vergangenen Woche in drei geschlachteten Schweinen Trichinen gefunden hat. — Vor etlichen Tagen ist in Mecklenburg ein toller Hund, welcher mehrere Hunde gebissen hatte, erschossen worden. Es ist daher von dem königl. Distriktsamt zu Wismar die Anfettung der Hunde in den Ortschaften Zerpitz und Palzen bei Vermeidung einer Polizei strafe von 15—150 M. oder verhältnismäßiger Haft auf die Dauer von 3 Wochen angeordnet worden. — In der Nacht vom 20. zum 21. Dezember v. J. ist in dem verschlossenen Wildpark zu Chorin eine Hirschkuh erschossen und gestohlen worden. Die Spur führte nach Zerpitz und wurde den dortigen beiden Gendarmen Wierzorek und Poehl mitgetheilt, welche denn auch unter dem Beifall des dortigen Bürgermeisters Wolniewicz bei dem berüchtigten Wilddiel St. Budzynski eine Haussuchung vornahmen und daselbst auch wirklich das Fleisch des erlegten Wildes vorfanden. Bei dieser Gelegenheit wurden auch mehrere geladene Gewehre, sowie ein großer Vorricht Käfer, Zucker, Petroleum, Kleider und Bettwesen zu Tage gefördert, die von mehreren in der letzten Zeit in Zerpitz und Umgegend verübten Diebstählen herführen sollen. Budzynski wurde sofort festgenommen und in das biesige Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert. Die Frau des Diebes hat dessen That bereits eingestanden und auch zugleich mehrere Mittheilungen über von ihrem Manne verübten Brandstiftungen gemacht.

Schneidemühl., 4. Januar. [Kreistag. Unterschlagung. Schulunterricht. Subhastation. Ernennung. Sammlung für Oberschlesien.] Im Auftrage der hiesigen königl. Westpreußischen Provinzial-Landschafts-Direktion haben der Landschafts-Deputirte Nebrink auf den 26. d. Mts. zu Lobsens in Siebern's Hotel und der Landschafts-Rath Görl auf den 29. d. Mts. zu Dt. Crone in Voigt's Hotel einen Kreistag anberaumt, zu welchem die Kreisstände eingeladen worden sind. Gegenstand der Berathung resp. Beschlusssfassung wird sein: 1. die Wahl eines Deputirten zum nächsten Generallandtag für den landständlich Kammerkreis und resp. Dt. Crone Kreis und eines Stellvertreters für denselben; 2. die Berathung über die dem nächsten Generallandtag vorzulegenden und von der königl. General-Landschafts-Direktion zu Marienwerder zusammengestellten Proponenda. — Der hiesige Kommunalförster X., welcher sich einer Unterschlagung von bedeutenden Quantitäten Klosterholz schuldig gemacht hat, ist in diesen Tagen mit Weib und Kind verschwunden. Man sagt, er sei nach Amerika gegangen. — Gestern hat nach den verlorenen Weihnachtsferien der Unterricht in den hiesigen Volksschulen wieder begonnen. Im Gymnasium, der Töchterschule u. a. Unterrichtsanstalten beginnt der Unterricht erst morgen wieder. — Das dem Kaufmann Felix Nenländer zu Berlin gehörige Gut Gönné bei Schneidemühl mit einem der Grundsteuer unterliegenden Flächeninhalt von 427 Hektar, 1 Ar 38 □ Meter, nach einem Reintrage von 755,79 Mf. zur Grundsteuer und nach einem Nutzungsverthe von 270 Mf. zur Gebäudesteuer veranlagt, kommt am 5. März cr. auf dem biesigen Amtsgerichte im Wege der nothwendigen Subhastation zum Verkauf. Dieses Gut, welches gegenwärtig von einem Sequester verwaltet wird, hat in den letzten Jahren häufig seine Besitzer gewechselt und meistens von Gerichten wegen. — Steuereinspektor Müller in Deutrich-Crone ist zum Rechnungsrichter ernannt worden. — Seitens des Magistrats zu Samotachim ist für die Rothleidenden in Oberschlesien eine Sammlung veranlaßt worden, welche den Ertrag von 342,75 Mark ergeben hat. Diese Summe ist von dem Landrat unseres Kreises abgerundet mit 350 Mark an das Oberpräsidium von Schlesien abgesandt worden.

Zur Bromberger Provinzial-Gewerbe-Ausstellung 1880.

Bromberg., 5. Januar. Hand in Hand mit der machenden Theilnahme, welche sich aus allen Theilen der östlichen Provinzen für die Schaustellung ihrer gewerblichen und industriellen Produkte fundiert, mehrten sich die Arbeiten des Ausstellungs-Komités, welches unablässig bemüht ist, einerseits den Wünschen einzelner Rechnung zu tragen, andererseits aber auch die Ausstellung so würdig zu gestalten, daß sie ihren verschiedenen Zwecken tatsächlich entsprechen müßt. Welch lebhafte Sympathie sich dieses gemeinnützige Unternehmen zu erfreuen hat, beweist der Umstand, daß für den Anlauf, Abbruch und Wiederaufbau des Hauptgebäudes hier sofort dem Komité die Mittel in der Höhe von 30,000 Mark etwa — einigentlich der nicht unbeträchtlichen Transportkosten — zur Verfügung gestellt wurden. Das demontierte Hauptgebäude ist bereits vollständig hier eingetroffen und auf dem Ausstellungsschiff gelagert worden; mit dem Aufbau dieses Gebäudes, welches sich in seiner Frontansicht höchst imponant darstellt, wird unverzüglich mit Eintritt der milden Witterung begonnen, so daß die Fertigstellung inf. der Dekoration mit Sicherheit für den in Aussicht genommene Gründungstermin zu erwarten ist.

Um so wünschenswerther ist es auch, daß die Aussteller mit ihren Anmeldungen nicht bis zum äußersten Termint warten, sondern dieselben baldigst dem Komité zugeben lassen, damit dieses rechtzeitig mit der Vertheilung des disponiblen Raumes und mit den hierfür nothwendigen Arrangements beginnen kann und somit in seinen schon ohnehin so schwierigen und vielfältigen Arbeiten eine Erleichterung findet. Es ist dies ja auch im Interesse eines jeden Ausstellers mitbegrenzt, welchem daran gelegen sein muß, nicht nur einen Platz überhaupt, sondern auch einen für seine Erzeugnisse besonders geeigneten zu erhalten, was bei der voraussichtlich zuletzt eingehenden Fülle von Anmeldungen nicht immer möglich wird. Eine hervorragende und dem Fachmanne gewiß besonders schätzenswerthe Bedeutung scheinen die Kollektiv-Ausstellungen zu gewinnen, welche von einzelnen bedeutenden und verallgemeinerten Gewerbeklassen vorbereitet werden. Mit großem Eifer unterzieht sich der neugegründete „Provinzialgewerbeverein des Verbändes deutscher Müller zu Bromberg“ dieser Aufgabe, welcher als Vertreter des Mühlenbetriebes von Posen und Westpreußen die auf dem Weltmarkt schon genügend anerkannten Leistungen derselben in all' ihren Spezialitäten zur Veranschaulichung bringen wird.

Die von ihm beabsichtigte Kollektivausstellung wird mit entsprechender Dekoration die Erzeugnisse all' seiner Mitglieder umfassen, und somit wird auch dem kleineren Gewerbetreibenden die Möglichkeit geboten, seine Leistungen neben denen der größten Etablissements in gleichmäßiger unparteiischer Weise berücksichtigt und gewürdigt zu sehen. Diese Vortheile der Kollektivausstellungen verdienen besondere Beachtung von denjenigen Gewerben, deren ausgedehnter Betrieb ein ebenso verschiedenartiger wie allgemeiner ist und bei welchen auch die Tüchtigkeit und Leistungsfähigkeit der vielen kleinen Gewerbetreibenden ein bedeutsamer Faktor für die Beurtheilung des ganzen Fachgewerbes in unserer Gegend geworden ist. Es ist daher empfehlenswerth, daß sich den Bestrebungen des Bromberger Provinzial-Müllerverbands auch andere Gewerbe mit der Veranstaltung umfangreicher Kollektivausstellungen baldigst anschließen, da die letzteren zugewandeten Auszeichnungen und Vortheile jedem einzelnen Betheiligten zu gute kommen.

Raum zweifelhaft kann es noch sein, daß das Ausstellungskomitee auch sein Augenmerk hauptsächlich auf die Güte und Vorzüge der einzuliefernden Gewerbe richtet und mit größter Vorsicht und Sorgfalt bei der Bildung von Fachkommissionen und Gruppenvorständen vorgeht. Dagegen behält es auch die Anerkennung für hervorragende und gute Leistungen stets im Auge und ist überzeugt, namentlich

der Prämierung derselben ganz besondere Beachtung schenken zu müssen.

Die Veranstaltung einer Ausstellung-Lotterie, für welche seitens der Behörde die Genehmigung in Aussicht gestellt ist, giebt ihm auch Gelegenheit, einen großen Theil der ausgestellten Gegenstände anzukaufen und gar viele Aussteller gleich von vornherein materiell, wenn nicht ganz, so doch theilweise für die gehabten Ausstellungskosten zu entschädigen.

Auch für den kostengünstigen Rücktransport der auf der Ausstellung nicht verkauften Gegenstände hat das Komitee sich beim Minister für öffentliche Arbeiten verwendet, und es ist in Bälde die ministerielle Genehmigung hierfür zu erwarten. So vereinen sich die nach allen Seiten hin gemachten Anstrengungen des Ausstellungs-Komitees, um dem Gewerbe und der Industrie möglichst billig die Vortheile der hier stattfindenden Provinzial-Ausstellung zuzuwenden, in der sicherer Erwartung, daß das nach allen Richtungen hin befundete Entgegenkommen nicht nur die schon jetzt sehr rege Theilnahme stärken und erhalten, sondern auch die Aussteller selbst mit den Erfolgen ihrer Vertheilung zufrieden sein wird. Je größer und inniger die Überzeugung hierzu sich bei unseren Gewerbetreibenden und Industriellen einbürgert, um so wünschwerther wird die Erleichterung der Arbeiten dem Komitee, und es ist somit die Bitte derselben, sowohl die Einzel- wie die Kollektiv-Ausstellungen so bald als möglich anzumelden, ebenso gerechtfertigt, wie ihre Erfüllung für das ganze, allen Gewerbeklassen unserer östlichen Provinzen so nutzbringende Unternehmen förderlich.

(Bromb. Ztg.)

Landwirtschaftliches.

N. M. W. Berlin, 3. Januar. [Die Wegeordnung. Versuche den Körnerertrag vorherzusagen.] Noch in der letzten Stunde hat sich das Haus der Abgeordneten mit dem Wunsche des Erlasses einer „Wegeordnung“ für die ganze Monarchie beschäftigt. Es ist dies ein für alle Theile hochwichtiger Gegenstand, an deren Verwirklichung schon seit Jahren ohne Erfolg gearbeitet wird. Nicht nur, daß eine Übereinstimmung der sehr verschiedenen Bestimmungen der einzelnen Provinzen wünschenswert ist, sondern auch die richtige Verbindung mit der neuen Kreis- und Provinzial-Ordnung fehlt für diesen grade den Kreis und die Provinz so nahe angehenden Gegenstand. Der bisherige Grundsatz der Wegepflicht der Adjazenten hat viele Ungleichheiten und Härten zu Wege gebracht, namentlich in Industriebezirken. Es ist dies der hauptsächliche Grund, der den Wunsch nach einer Wegeordnung rege macht, und das Bestreben geht von Seiten der Behörden, wie der Betheiligten dahin, statt dessen die Gemeinde oder der Kreis und die Provinz als Wegebaupflichtigen einzufezieren. Eine neue Landgemeindeordnung wird vorher als unmöglich angesehen, ehe man zu einer Wegeordnung kommen kann. Die Landgemeinde oder der Gutsbezirk müssen wirklich leistungsfähig werden, ehe man ihnen eine solche Aufgabe übertragen kann, oder es müssen Verbände, welche leistungsfähig sind, geschaffen werden. Das Land muß sich indes über die Konsequenzen solcher Gesetze eher klar werden, damit nicht zuerst fortwährend nach einer Gesetzesgebung geschrien wird und dann nachträglich, wenn die Sache nicht so ausgefallen, wie man sie geträumt hat, ohne die tatsächlichen Verhältnisse zu berücksichtigen, man sich wieder ungerechter Weise über die „neue Gesetzesgebung“ beschwert. Will man, wie dies so häufig in den östlichen Provinzen geschieht, jedes kleine einzelne leistungsfähige Gehöft als einen Gutsbezirk und jedes aus einem Paar Tagelöhnerhäuser oder einem Paar Bauern bestehende Dorf für eine Landgemeinde gelten lassen, dann sind solche Gemeinde-Gutsbezirke unfähig, die Wegebaulast den Adjazenten abzunehmen. Der Trotz aber, daß der Kreis für solche leistungsfähige Gemeinden einzutreten soll, ist ein sehr geringer. Die Feststellung, wann die Leistungsfähigkeit anfängt und aufhört, ist eine sehr schwere, und die Kreise dürfen sich sehr sträuben, solche Lasten für die Gemeinden zu übernehmen. In einzelnen Provinzen, wie z. B. in Ostpreußen, Sachsen und namentlich in einem Theil der Provinz Posen hat der Fiskus die Verpflichtung zum theilweisen Wegebau. In Posen beträgt dies mindestens 40,000 Thaler jährlich. Die Abmilderung dieser Last auf die Gemeinden ohne Entschädigung, wie die Vorläufe der Regierung stets gewesen sind, würde wieder eine große oft recht ungleiche Belastung derselben herbeiführen. Die Erhaltung der Gutsbezirke würde auch die oft recht drückende Verpflichtung derselben nach sich ziehen für alle abverkaufte Vorwerke oder Parzellen die Wegebaulast zu tragen. Dies Alles führt dahin, zu überlegen, ob man sich nicht ernstlich entschließen will, die kleinen, leistungsfähigen Gemeinden und Gutsbezirke zu befestigen durch die Schöpfung von größeren Gemeindengemeinden, oder durch die Verbindung zu größeren Wegeverbänden der jetzige Zustand mit der Verpflichtung der Adjazenten trotz seiner Härte nicht der bestreift ist.

In der letzten Sitzung des Deltemer landwirtschaftlichen Vereins machte der Prof. Orth interessante Mittheilungen über Versuche, welche von Dr. Wolfenstein angefertigt worden sind, um mit einiger Sicherheit die Ernte, namentlich an Körnern, vorherzusagen, die Frage zu entscheiden, wie viel angelegte Blüthen taub bleiben und wie viel der Bestand an guten und schlechten Körnern auf einer bestimmten Fläche Landes ist. Jede Roggennähre besteht bekanntlich aus einzelnen kleinen Körnchen mit je 2 Blüthen. Nun bilden sich entweder beide Blüthen zu Körnern aus, oder eine oder alle beide bleiben taub. Der mittlere Bestand an Körnern war 300—650 Stück auf den Qu.-Meter.

Zum Versuch wurde erstens ein Feld mit geringem Sandboden und schlechten Bestand und dann ein Feld mit gutem Bestand auf besserem Boden genommen, und am 24. Juni, 30. Juni und 8. und 30. Juli Proben davon untersucht. Man nahm von jedem Versuchsfeld 10 gute und 10 geringe Körner. Das Verhältniß der guten zu den geringen Körnern stellte sich auf dem geringen Felde wie 1 zu 1, bei dem guten Felde wie 3 zu 1 dar. Nun galt es noch zu untersuchen, wie viel auf beiden Feldern von den in der Anlage befindlichen Blüthen wirklich befruchtet und reife Körner hervorbringen würden. Bekanntlich wurde Geubens vom Kaiser Napoleon mit dem Orden der Ehrenlegion dekoriert und viel Geschrei in Frankreich seiner Zeit von seinem Vorschlag gemacht, die Befruchtung des Roggens zu vermehren, indem das Korn mit einem Strich überzogen und so die Befruchtung mit dem Blüthenstaub befördert werden sollte. Es hat sich dies jedoch ganz ohne Einfluß gezeigt. Der Wind ist der beste Vermittler des Blüthenstaubes. Man nahm nun bei dem Versuch von jedem Felde 10 gute und 10 geringe Körner. Auf dem mäßigeren Felde ergaben die 10 gute Körner

angelegte Blüthen im Durchschnitt 46,1 pCt.
wirkliche Körner davon = 28,2 pCt.

also 61,1 pCt. Körner im Ganzen.

Die 10 geringen Körner ergaben

angelegte Blüthen im Durchschnitt 18,9 pCt.

wirkliche Körner davon = 7,4 pCt.

also nur 41,4 pCt. Körner im Ganzen.

Auf dem besseren Felde

angelegte Blüthen im Durchschnitt 57,3 pCt.

wirkliche Körner davon = 38,7 pCt.

also 67,6 pCt. Körner im Ganzen.

Von den 10 geringen Körnern auf demselben Felde

angelegte Blüthen im Durchschnitt 20,3 pCt.

ausgebildete Körner davon = 9,5 pCt.

also 41,5 pCt. Körner im Ganzen.

Es liefert dies einen trefflichen Beitrag zur Frage, daß man sich arm fühlen könne. Es sind bei den schlechten Körnern und geringem Boden an 60 Prozent taube Körner gewesen. Es gibt doch noch manchen Boden, bei dem der Anbau nicht lohnt, und der besser aufgeforstet werden sollte.

Was das Verhältniß der Körner zum Stroh anbetrifft, so ergeben:

- 1) Die besseren Körner auf dem geringen Felde:
an Stroh im Durchschnitt 62 pCt.
Spreu 8—10 pCt.
an Körner " 27½—29,3 pCt.;
- 2) die 10 geringeren Körner auf dem geringen Felde:
an Stroh im Durchschnitt 63—68 pCt.
Spreu 9—12 " 22—24 "
- 3) die 10 besseren Körner auf dem besseren Felde:
an Stroh im Durchschnitt 64—66 pCt.
Spreu 8—9 " 24,9—27 "
- 4) die 10 geringeren Körner auf dem besseren Felde:
an Stroh im Durchschnitt 67—70 pCt.
Spreu 8,8—11,5 " 18—23 "

Es zeigt dies Beispiel „wie wichtig schweres, gutes Saatgut ist. Kleiner schwächerer Samen giebt schwächeren Pflanzen. Tüchtiges Wurzen ist daher so dringend nothwendig beim Saatgut, will man eine gute Ernte erzielen. Das bei dem schlechteren Felde das Körnerverhältnis zum Stroh ein günstiges ist, dürfte nur relativ zutreffend sein, auf den Morgen berechnet stellt es sich wie in der ersten Tabelle zeigt anders heraus. Uebrigens ist man hier vielfach, wie aus der Mitte der Versammlung bestätigt wurde, der Ansicht, daß die sogenannten großen strohreichen Roggenarten, richtig berechnet und bemessen an wirklicher Strohsubstanz nicht mehr geben als die gewöhnlichen, sondern die Erscheinung des Mehr nur in einem poröseren Wuchs derselben zu suchen ist.“

Das Börsenjahr 1879.

(Fortsetzung.)

Die Börse warf sich jetzt mit aller Behemen und in ihrer Gesamtheit auf lokale Papiere, vor Allem auf Bahnen, denen sich Industriepapiere, besonders Maschinenfabriken, anreihen. Keine Bahn, möchte sie pro 1878 eine Dividende vertheilt haben oder nicht, wurde unberücksichtigt gelassen. Die Idee der „Verstaatlichung“ versegte die Spekulation in einen Zustand der Ueberhebung und begünstigte die Kurssteigerung nicht nur der Aktien der zum Verkauf ausserreihen und der von der Börse nach deren Wahl auf die Liste der zukünftig zum Verkauf gestellten Bahnen, sondern auch der schwächeren und bisher vernachlässigten. Neben der Hoffnung einer radikalalen Verstaatlichung feierte die Spekulation die Verstaatlichung keiner Gedanke, daß beim Wegfall so vieler Gattungen von Bahnen die Spekulation und das Kapital ihre Kräfte auf den Rest konzentrierten werden. Wir möchten keineswegs den Verlauf des Verkehrs in Bahnen und deren Aufsteigen im Kurse, das sich unter immer lebhaften Umsätzen ununterbrochen bis in den letzten Monat dieses Jahres hinein fortsetzte, in seinen Einzelheiten verfolgen. Wir wollen nur noch einige Hauptpunkte hervorheben. Die im Juli stattgehabten Generalversammlungen der Berlin-Stettiner und der Berlin-Potsdamer Bahn ließen erkennen, daß die preußische Regierung auf keinen Widerstand bei der Ausführung ihres Eisenbahnprogramms stößen werde. Die Kapitulation der Halberstädter Bahn ließ jede fernere Weigerung als unnütz erscheinen. Die Ueberlassung der Köln-Mindener Bahn endlich gab der selbstständigen Entwicklung der preußischen Privatbahnen den letzten Stoß. Damit war der selbstständigen Erstellen der letzten großen Komplexe, der Rheinischen und der Anhaltischen Bahn, das Urtheil gesprochen. Es war auch die Voraussetzung berechtigt, daß die Übergabe der Oberschlesischen und Bergisch-Märkischen Bahn an den nur eine Frage der Zeit sei und dann in der That noch 2 gr. komplexe, die Rechte Oder-Ufer- und Breslau-Kreisburger Bahn schließlich einige geringfügige Unternehmungen verblieben, die Selbstständigkeit gegenüber der freien Bestimmung des Staats die Vertheilung der Transporte und über die Tarife nicht zu behaupten vermöchten.

Die gewaltige Bewegung der Bahnen fand eine nachhaltige Stütze in der Theilnahme des Kapitals, nicht nur des deutschen, sondern auch englischer und französischer Kapitalisten. Man realisierte die Anlagen in auswärtigen Renter, aber auch die in preußischen, deutschen Fonds und Eisenbahnprioritäten, um die Kapitalien der Spekulation in Bahnen zuzuwenden, die außerdem eine sichere Grundlage in der Verbilligung von Konfols zum Austausch gegen die Aktien der an den Staat überlassenen Bahnen erhielt. Preußische Konfols und Reichsanleihe, welche dem Parikurs ganz nahe gerückt waren, wurden in dem zweiten Drittel des Jahres durch Verkäufe um mehrere Prozente herabgedrückt und das Gebiet der Prioritäten, bis dahin belebt, wies ebenfalls bald Kursermäßigungen bei schwachen Geschäften auf. Einen fernerem Aufkurs erhielt die Spekulation durch die in Schwung gekommenen Bestrebungen, eine Konversion von 5 proz. Eisenbahnprioritäten und anderer Anteile vorzunehmen. Vier Bahnen, denen in dem letzten Drittel des Jahres noch drei kleinere Bahnen zugesellten, fündigten ihre 5 proz. Obligationen zur Konversion in 4½ proz. bis Ende August in Höhe von 272,3 Millionen Mark; die Hypothekenbanken zogen ihre 5 proz. Pfandbriefe ein; die bairische Regierung erwirkte ein Gesetz betreffs der Konvertierung der gesammten 4½ proz. Eisenbahnschuld von 428 Millionen Mark in 4 proz. Obligationen. In den geweiteten finanziellen Kreisen glaubte man die Permanenz der Geldflüssigkeit und das Kapital sah sich von allen Seiten aus seinen sicheren Refugien, die es in der kritischen Zeit der Effekten schwankungen aufgesucht, vertrieben. Es mußte sich daher, daß erkannte man allseitig, höher verzinsliche Effekte zuwenden, d. h. zu auswärtigen Papieren oder einheimischen Dividendenpapieren greifen. Diese Voraussetzung rechtfertigte sich. Von der lebhaften Vertheilung des Kapitals an den Operationen auf dem Gebiete der Bahnen haben wir oben gesprochen, die an Industriewerken schon erwähnt. Aber auch die auswärtigen Werthe erfreuten sich wieder der Gunst des Kapitals und der Spekulation. In der Mitte des Mai verstimmt zwar die Nachrichten über in Russland ausgebrochene Brände, ferner die Witterungsverhältnisse, endlich das Fallissement der afrikanischen Handelsvereinigung in Rotterdam mit Passiven von über 7 Millionen Gulden, an welchen auch deutsche Häuser beteiligt waren. Aber in der letzten Woche derselben Monats hatte der gesamme Markt ein verändertes Aussehen gewonnen. Sämtliche fremde Fonds, Italiener und Türken nicht ausgeschlossen waren begehrt. Kreditaktien gewannen 11 M., Lombarden 20 M., österreichische Goldrente 24, russische 2½ Prozent. Kein Papier war vergessen, alles in dieselbe Bewegung nach oben gesogen. Paris und London gefundirte. Österreichische Silberpapiere waren gesucht, weil die Erklärung des Fürsten Bismarck und des Bankpräsidenten Deichend in dem

deutsch-russische Differenzen, die Versteifung des Geldmarkts und die Semestralbilanz der Kreditanstalt, und die internationalen Spielpapiere, Kreditaktien voran, schlossen Ende August mit sehr wesentlichen Kursabschätzungen. Seit jener Zeit spielten die fremden Werthe in dem Verkehr der Berliner Börse keine nennenswerte Rolle mehr. Jeder Anregung seitens des Londoner und pariser Platzes entblößt, welcher letzterer jetzt neue Wege des Gründungsschwindels betrat, fanden sie auch hier weder williges Kapital, noch Spekulationskräfte, die sich ihrer annahmen.

Der Drang des Kapitals nach Anlagen machte sich auch nach anderen Richtungen hin Lust. Es begab sich Anfangs schüchtern, dann immer dreister auf das Gebiet der Industriepapiere und Banken. Schon im Mai wagte man es, neue Papiere einzuführen oder vergessene an das Licht zu ziehen. Württembergische Vereinsbank, Schlesische Gas, Stralsunder Spieldarten-Aktien, Marienburg-Mlanka, Posen-Kreuzburg, Münster-Eicheler Stammaktivitäten wurden eingeführt oder in Erinnerung gebracht. Bald waren es Maschinenfabriken, denen das glücklichste Horoskop gestellt wurde, bald Brauereien und Transportgesellschaften. Auch der Banken vergab man nicht, als der Institute, welche jetzt mit Arbeit überhäuft waren, um die ihnen zugegangenen Kommissionsgeschäfte zu erledigen. Es hatte ja auch bei der Lebhaftigkeit des Börsenverkehrs, an welchem sich das Publum stark beteiligte, die Hoffnung auf Prosperität der Banken eine Berechtigung.

(Fortsetzung folgt.)

Staats- und Volkswirtschaft.

** Mit dem 1. Januar ist das Verbot der Beschlagnahme von Eisenbahn- und Fahrbetriebsmitteln österreichischer Bahnen in Deutschland außer Wirksamkeit getreten. Mit Ausnahme der Österreichischen Staatsbahn und der Südbahn gibt es nur wenige von den größeren österreichischen Eisenbahnen, die von der Beschlagnahme nicht bedroht wären. Alle großen Bahnen, namentlich die Elisabethbahn, Nordbahn, Franz-Joseph-Bahn, Karl-Ludwigbahn und die Lemberg-Czernowitz-Jassy-Bahn sind im Augenblick auf das Erfolge damit beschäftigt, sich gegen die drohende Beschlagnahme thunlichst zu schützen. Die Elisabethbahn verwandte schon bisher in ausgiebiger Weise die Wagons der bairischen Staatsbahnen, mit denen sie ein Kartell für die Wagenbenutzung besitzt, und wird von diesem Kartell umso mehr vom 1. Januar ab Gebrauch machen. Die Karl-Ludwigbahn steht in einem ähnlichen Verhältnisse zur Oberschlesischen Bahn. Die Nordbahn wird die Wagons der Staatsbahn, die Franz-Josephbahn jene der Pilsen-Priesener Bahn verwenden. Die Lemberg-Czernowitz-Jassy-Bahn gab sich alle Mühe, um rechtzeitig für alle Fälle gesichert zu sein. Dieselbe schlug u. A. der Oberschlesischen Bahn vor, sie wolle die Transporte bis zur Grenze stellen, hier die auf die deutschen Strecken entfallende Fracht auszahlen und die Oberschlesische Bahn möge die Transporte übernehmen. Das Anerbieten wurde abgelehnt. So sah sich die Lemberg-Czernowitzer Bahn zu einer Maßregel gezwungen, welche, wie die „A. Fr. Pr.“ meldet, obwohl vollkommen gesetzlich, in den beteiligten Kreisen der galizischen Kaufmannschaft großes Aufsehen, ja Beifürchtung hervorrief. Die Lemberg-Czernowitzer Bahn erklärt nämlich, daß sie die Aufnahme von Gütern für Norddeutschland dahin einschränkt, daß die Annahme zum Transport erst dann erfolgt, wenn die Verladung möglich wird. Möglicherweise wird diese Maßregel sofort zurückgenommen werden. Die Bahn hat nämlich, um den für den deutschen Verkehr erforderlichen Wagenpark zu beschaffen, mit der Ungarischen Waggon-Leihgesellschaft und mit verschiedenen Eisenbahnen Unterhandlungen eingeleitet, welche zur Stunde vielleicht schon abgeschlossen sind. Allein wenn auch die Bemühungen der Lemberg-Czernowitzer Bahn von Erfolg begleitet sein werden, die Thatstache, daß der Verkehr auch nur einen Augenblick bedroht sein könnte, gefügt, um die ganze Frage zu einer öffentlichen Kalamität für Deutschland und für Österreich zu machen. Und doch werden alle fünflichen Auswege für den Verkehr der Bahn schaden, aber sie vor Koupions-Prozessen nicht schützen, da mittlerweile in der deutschen Rechtspflege Änderungen eingetreten sind, nach welchen die Beschlagnahme von Wagons für die Einleitung der Prozesse gar nicht mehr notwendig ist. Der einzige Weg, welcher die österreichischen Bahnen von der Kalamität mit Erfolg befreien kann, ist und bleibt die freie Vereinbarung mit den Prioritäten-Beisitzen.

Bermischtes.

* Nürnberg, 30. Dezember. Wir haben heute einen Alt hochherziger Gesinnung mitzuteilen. Der Besitzer der renommierten Faberischen Bleistiftsfabrik, Herr Lothar v. Faber in Stein hat dem hiesigen

Posen, den 2. Januar 1880.

Bekanntmachung.

rea-Diätär Herr Coccius innerhalb der gewöhnlichen Dienststunden eingesehen werden.

Königl. Regierung,
Abtheilung des Innern.

Bekanntmachung.

In unser Gelehrtenregister ist bei der unter Nr. 18 eingetragenen Firma:

„Zuckersfabrik Kujavien“ am 24. Dezember 1879 folgendes eingetragen:

Bei der ordentlichen General-Ver-

sammlung der Aktionäre der Zuckers-

fabrik Kujavien vom 29. Oktober 1879 ist der Kaufmann Samuel

Auerbach zu Posen als Mitglied

des Aufsichtsraths wiedergewählt.

Eingetragen zufolge Verfügung

vom 23. Dezember 1879.

Inowrazlaw, den 23. Dez. 1879.

Königl. Amtsgericht.

Abtheilung IV.

Preußisch-Oberschlesi-

cher Verbandtarif.

Am 1. d. Mts. ist der Nachtrag IX. zum Preußisch-Oberschlesischen Verbandtarif vom 1. August 1877 in Kraft getreten, welcher außer direkten Frachträgen von diezeitigen Statuten nach solchen der Ostbahn ermäßigte Sätze des Spezialtariffs III für den Verkehr mit Cüstrin der Königl. Ostbahn und Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn enthält.

Druckeremplare hiervon sind bei unseren Stations-Kassen käuflich zu haben.

Für die Verbandverwaltung

Direktion der Posen-Creuz-

bürger Eisenbahn-Gesellschaft.

Nachgebote werden nicht zugelassen.

Die Bedingungen können in un-

ser Registratur I. M. bei dem Bü-

Stadtmagistrate den Betrag von 125.000 M. zur Errichtung einer Stiftung übermacht, deren Zinsen alljährlich an einen unbemittelten, aber geschickten und in hervorragender Weise geistig befähigten jungen Mann, der sich einem Gewerbe gewidmet hat, zur Begründung seiner Selbstständigkeit ausbezahlt werden sollen. Zum Empfange berechtigt ist nur derjenige, welcher entweder hier oder in Stein geboren, hier oder in Stein die Schulen besucht und die Lehrzeit bestanden, und sich hier oder in Stein niederlassen will und noch nicht das 30. Lebensjahr erreicht hat.

* Zum Andenken an Prof. Dr. Langenthal. Um das Andenken des am 25. Juli verstorbene Professors Dr. Langenthal in Jena zu erhalten, ist ein Komitee zusammengetreten, welches einen Aufruf zur Sammlung von Beiträgen erlassen hat, die dazu dienen sollen, daß 1. an einem schönen Punkte Jenas oder in der Umgegend, durch Anlagen z. c. ein Naturdenkmal für Langenthal geschaffen, 2. auf das Grab des Dahingerichteten ein einfaches Denkmal gestellt, und 3. wo möglich eine Summe zu einer Stiftung angelegt werde, deren Zinsen unter dem Namen „Langenthal-Stiftung“ an einer solchen Prämie würdige studirende Mitglieder des landwirthschaftlichen Seminars in Jena verliehen werden sollen. Beiträge werden von dem derzeitigen Direktor des landwirthschaftlichen Instituts, Hrn. Prof. Dr. Dehmrich in Jena entgegengenommen.

* In dem Parolbuch des Regiments Théina aus den Jahren 1780 bis 1783 ist zum 31. Dezember dem „Militär-Wochenblatt“ folgende nachstehende Glückwunsch-Friedrich des Großen verzeichnet: „Ihre Majestät der König lasse alle Herrn Offiziers zum neuen Jahre gratuliren, und die nicht so sind, wie sie sein sollten, möchten sich befreien.“ Und am 2. Januar 1783 heißt es dort: „Ihre Majestät der König lassen alle guten Herrn Offiziers vielmals zum neuen Jahr gratuliren und wünschen, daß sich die übrigen so betragen, daß Sie ihnen künftig auch gratulieren können.“ — Am 1. Januar 1807 wurde unser Kaiser zum Offizier ernannt.

Briefkasten.

S. in W. Da es sich im vorliegenden Falle nach Ihrer Angabe um ein Wechselblanquet handelt, so führen wir Ihnen behufs Ertheilung der gewünschten Auskunft und Wahl der geeigneten Schritte den Inhalt mehrerer Entscheidungen des Reichs-Oberhandelsgerichts vor. Im Falle, daß die bereits bezahlten Wechsel, welche bei der Ausszahlung nicht ausgehändigt worden sind, im Wege der Klage nochmals geltend gemacht werden sollten, steht Ihnen die Einrede des dolus oder Betrugses gegen den Kläger zu, denn derjenige, welchem ein Blankoaccept anvertraut worden ist, kann aus demselben Wechselrechte gegen den Blanko-acceptanten nur erwerben, infolfern er dasselbe der mit dem Blanko-acceptanten getroffenen Vereinbarung gemäß ausfüllt (Erf. vom 27. Mai 1873). Dem ursprünglichen Wechselnehmer gegenüber darf sich der Aussteller darauf verweisen, nicht nur, daß die Art der Ausszählung eine vertragswidrige sei, d. h. wider ausdrücklich oder stillschweigende Vereinbarung verstöfe, sondern auch, daß sie außerhalb jeder Vereinbarung liege, (Erf. vom 4. Juni 1875). Ebenso nimmt derjenige die Ausszählungshandlung widerrechtlich vor, welcher zur Zeit der Ausszählungshandlung weiß, daß dieselbe der Abrede zwischen den ursprünglichen Kontrahenten des Wechselzuges widerspricht, (Erf. vom 25. September 1879). Auch erlangt der in einer in einem wesentlichen Stücke unvollkommenen Wechselurkunde benannte Remittent das Recht der Ausszählung derselben nur durch besondere Übertragung oder Genehmigung des Acceptanten oder Träffanten, (Erf. vom 3. April 1873). Diese Einwand des dolus können Sie also für den Fall erheben, daß Sie als Verkäufer wegen des bereits bezahlten Wechsels nochmals in Anspruch genommen werden sollten. Auch schon durch die bloße Unterzeichnung Ihres Namens auf dem Wechsel haften Sie wechselseitig, denn Artikel 81 der deutschen Wechselordnung bestimmt Folgendes: „Die wechselseitige Verpflichtung trifft den Aussteller, Acceptanten und Indossanten des Wechsels, sowie einen Jeden, welcher den Wechsel, die Wechselfolie, das Accept oder das Indosament mitunterzeichnet hat, selbst dann, wenn er sich dabei nur als Bürge (per aval) benannt hat. Die Verpflichtung dieser Personen erstreckt sich auf Alles, was der Wechselinhaber wegen Nichterfüllung der Wechselverbindlichkeit zu fordern hat. Der Wechselinhaber kann sich wegen seiner ganzen Forderung an den Einzelnen halten; es steht in seiner Wahl, welchen Wechselverpflichteter er zuerst in Anspruch nehmen will.“ — Wollen Sie selbst offen gegen den Wechselgläubiger vorgeben, so können Sie entweder, falls Sie vermuten, daß die bereits bezahlten Wechsel noch im Besitze desselben befindlich sind, auf Herausgabe der Wechsel klagen, denn gemäß Artikel 39 der Wechselordnung ist der Wechselshuldner nur gegen Aushändigung des quittirten Wechsels zu zahlen verpflichtet; oder Sie können, falls die Wechsel abhanden gekommen sind, das Amortisationsverfahren

beantragen. Nach der Vorschrift des § 2 des Einführungsgesetzes zur Wechselordnung ist die Amortisation eines Wechsels bei dem ordentlichen Gerichte des Zahlungsortes, und wo Handelsgerichte bestehen, bei diesen nachzusuchen. Der Antragsteller muß eine Abschrift des Wechsels beibringen oder doch den wesentlichen Inhalt desselben und Alles das, was das Gericht zur vollständigen Erkenntnis für nötig hält, angeben, auch den Beits und Verlust glaubhaft machen. Das Gericht erlässt eine öffentliche Aufforderung an den unbekannten Inhaber des Wechsels, binnen einer bestimmten Frist den Wechsel dem Gerichte vorzulegen, mit der Verwarnung, daß sonst der Wechsel leer für kraftlos erklärt werden. Die Aufforderung wird am Gerichtshause oder an einer andern für geeignet befunderen öffentlichen Stelle, und wenn am Zahlungsorte eine Börse besteht, im Börsenlokal angeschlagen und einmal in's Amtsblatt und dreimal in eine in- oder ausländische Zeitung eingerückt. Das Gericht ist befugt, die Aufforderung an mehreren Stellen anzuschlagen und in mehrere Zeitungen eintragen zu lassen, wenn dies nach den Umständen angemessen erscheint. — Die Frist zur Meldung wird auf mindestens sechs Monate und höchstens ein Jahr, vom Verfallstage ab gerechnet, bestimmt. Wird von einem Inhaber der Wechsel vorgelegt, so ist dem Antragsteller hieron Kenntniß zu geben und ihm zu überlassen, sein Recht gegen den Inhaber geltend zu machen. Meldet sich kein Inhaber, so erklärt das Gericht auf weiteren Antrag des Antragstellers den Wechsel für amortisiert.

N. A. Posen. Zur dauernden Erziehung harten Haupthaars empfiehlt es sich, 2 bis 3 mal wöchentlich den Kopf mit Eau de Quinine zu waschen, welches Sie in hiesigen Friseur-Geschäften, z. B. bei Herrn Gehlen in der Berlinerstraße, erhalten; außerdem ist ab und zu ein gutes Haaröl anzuwenden.

Berantwortlicher Redakteur: P. Bauer in Posen.
Für den Inhalt der folgenden Mitteilungen und Anzeigen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Husten-Nicht

Honig-Kräuter-Malz: Extract und Caramellen von L. H. Pietzsch & Co. in Breslau. Sicherste Mittel gegen Husten, Catarrh, Heiserkeit, entzündliche Zustände der Lungen und Luftröhren, Verschleimung der Atemungs-Organen etc. Dieselben sind auf das Dringendste zu empfehlen und verdanken ihre wunderbaren Erfolge der naturgemäßen Wirkung ihrer heilkraftigen Bestandtheile. Engros-Kauf (in Originalflaschen und Paketen) in Posen bei Krug & Fabritius, 1) Breslauerstr. 10/11, 2) St. Martin Nr. 52/53, 3) Halbdorffstr. 38, in der Brandenburg'schen Apotheke; in Schrimm bei Malinski & Co.; in Tilschne bei R. Zeldler; in Grätz bei A. Unger; in Wongrowitz bei St. Baranowski.

Tafelglas in allen Sorten empfiehlt M. Nowicki & Grünastel, Jesuitenstraße 5. Tafelglas-Handlung, Glaserie und Bilderrahmen-Fabrik. Spezialität für Bilderrahmung.

Kaiserlampen,

bestes Fabrikat, billigst bei E. Klug. Eine Partie nicht mehr ganz moderner Lampen empfiehlt weit unterm Kostenpreise.

Grabgitter in Guss- und Schmiedeeisen sowie Proben in großer Auswahl vorhanden, empfiehlt mit kompletter Aufführung. Breslauer-Straße 38. E. Aug.

Kölner Dompan-Loose.

Ziehung am 15. Januar 1880. Hauptgewinn Mr. 75,000, 30,000, 15,000, 6000 z. c. sind à Mark 5 in der Exped. der Posener Zeitung zu haben.

Bekanntmachung.

Ein Pausgeschäft mit guter Kundshaft ist unter den günstigsten Bedingungen zu verkaufen. Näheres beim Commissär Knopf, Sappeplatz 7.

Ein zweistöckiges Haus, am Markte, in welchem während 40 Jahren eine Schankwirtschaft mit großem Erfolg betrieben wurde, auch für jedes andere Geschäft sehr geeignet, ist in Folge des Todes des bisherigen Besitzers aus freier Hand zu verkaufen. Näheres beim Postverwalter in Neustadt bei Pinne.

Wirtschaft zu Budowitz, bestehend aus 250 Morgen Land, sieht aus freier Hand sofort zu verkaufen. Näheres erhält W. Pietrowicz, Posen, Breslauerstr. 9 oder Liedke dasselbst.

Ein starker, wachsamer Hund zu verkaufen Ober-Wilda 26. Arlt.

Eine noch gut erhaltene Papier-schneide-Maschine ist sofort zu verkaufen. Näheres zu erfragen in der Expedition dieser Zeitung.

Pr. Lotterie. Hauptziehung 16. täglich 2000 Gewinne. Hierzu Anteillose ½ Mr., ¼ Mr., ⅓ Mr., ⅔ Mr. der H. Goldberg, Lotterie-Comptoir, Neue Friedrichsstraße 71, Berlin.

Ein Destillationsgeschäft mit Ausschank in einer Provinzialstadt, Kreisstadt Schleissens, ist vom 1. April 1880 zu verpachten. Gefördert unter H. H. 50 nimmt die Expedition der Pos. Zeitung entgegen.

Dom. Chludowo sucht zum 1. April 1880 oder auch früher einen Milchpächter.

Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Dorfe Groß Staro-leska unter Nr. 13 belegene, dem Wirth Nicolaus Stasiak und seiner Chefin Margaret geborenen Organiszezal gehörige Grundstück, welches mit einem Flächen-Inhalte von 9 Hektaren, 23 Acren, 30 Quadratstaben der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Neinsertrage von 67 Mark 77 Pf. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswert von 36 Mark veranlagt ist, soll befußt Zwangsvollstreckung im Wege der nothwendigen Subha-

stitution

Den 2. März 1880,

Vormittags um 10 Uhr, im Amts-Gerichtsgebäude, am Sappeplatz hier, Zimmer Nr. 5, versteigert werden.

Posen, den 3. Januar 1880.

Königl. Amtsgericht.

Abtheilung IV.

Bekanntmachung.

Die in unserem Firmen-Register unter der Nr. 280 unseres Firmenregisters eingetragene Handelsfirma:

E. Fridrich

in Inowrazlaw, ihrem Chemann Wilhelm Julius Fridrich hier Profur ertheilt.

Eingetragen zufolge Verfügung vom 24. Dezember 1879 unter Nr. 35 des Profurenregisters.

Inowrazlaw, d. 24. Dez. 1879.

Königl. Amtsgericht.

Abtheilung IV.

Bekanntmachung.

Die in unserem Firmen-Register unter der Nr. 28 eingetragene Firma:

G. Gnoth in Inowrazlaw

ist erloschen.

Eingetragen zufolge Verfügung vom 28. Dezember 1879.

Inowrazlaw, 28. Dez. 1879.

Königl. Amtsgericht.

Abtheilung IV.

Bekanntmachung.

Bei der am 3. Januar 1880 auf Grund des Allerhöchsten Privilegiums vom 30. Mai 1868 stattgehabten Auslösung Samter'scher Kreisobligationen sind nach Maßgabe des festgestellten Tilgungsplans folgende Nummern zur Tilgung im Jahre 1880 gezogen worden:

Litt. B über 500 Thaler:
Nr. 181 (Einhundert ein und achtzig).
Nr. 100 (Einhundert).
Nr. 137 (Einhundert sieben und dreißig).

Litt. O über 100 Thaler:
Nr. 50 (Fünfzig).
Nr. 65 (Fünf und sechzig).
Nr. 66 (Sechs und Sechzig).
Nr. 4 (Vier).
Nr. 58 (Acht und fünfzig).
Nr. 249 (Zweihundert neun und vierzig).
Nr. 156 (Einhundert sechs und fünfzig).
Nr. 160 (Einhundert und sechzig).

Litt. D über 50 Thaler:
Nr. 125 (Einhundert fünf und zwanzig).
Nr. 211 (Zweihundert und elf).
Nr. 42 (Zwei und Vierzig).
Nr. 189 (Einhundert neun und achtzig).
Nr. 264 (Zweihundert vier und sechzig).

Diese ausgelosten Obligationen werden den Inhabern hiermit für den 1. Juli 1880 gefündigt.

Vom 1. April d. J. ab kann der Betrag der Schuldverschreibungen nebst den bis zum Tage der Abhebung fälligen Zinsen auf der hiesigen Kreis-Kommunal-Kasse erhoben werden.

Vom 1. Juli 1880 ab hört jede Verzinsung der hier gefündigten Obligationen auf.

Mit der zur Empfangnahme des Kapitals präsentirten Schuldverschreibung sind auch die zugehörigen Zinscoupons der späteren Fälligkeitstermine zurückzuliefern.

Für etwa fehlende Zinscoupons wird der Betrag vom Kapitale abgezogen.

Samter, den 3. Januar 1880.

Namens der kreisständischen Chausseebau-Kommission:

Der Königliche Landrat.

Dr. v. Dziembowski.

Bekanntmachung.

Es wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß 1) am 20. Januar 1880 im Revier Gliśnica 100 St., 2) am 27. = = Blankensee 400 eichene Eisenbahnschwellen und Weichenschwellen zum lizitorischen Verkauf gebracht werden.

Fr. W. Hayn bei Krotoschin, den 27. Dez. 1879.

Fürstlich Thurn und Taxis'sches Forstamt Krotoschin.

Für die Abgebrannten in Göröhen sind die unten vermerkten Beträge bei dem unterzeichneten Comité eingegangen und unter die Bedürftigen verteilt worden.

Das Comité spricht allen freundlichen Gebern hiermit seinen herzlichsten Dank aus.

Stadt Görlitz 102 M., Dr. Dr. F. Giese in Posen 5 M., Dr. v. Pruszkowski, Amtsgerichts-Rath in Meseritz 6 M., durch Dr. Otto Ast in Görlitz 1 M. 50 Pf., Magistrat Pinne 87 M., E. v. A. in Görlitz 3 M., Herr Verka in Sobiallowo 20 M., Magistrat Kröben 20 M. 90 Pf., Dr. Apotheker Woila in Rawitsch 2 M., Magistrat Sarne 48 M., Magistrat Jutroschin 14 M. 49 Pf., Magistrat Stenischewo 17 M. 50 Pf., Magistrat Miloslav 20 M., Magistrat Storchest 33 M., Dr. Gymnastallehre Ast in Fraustadt 5 M., Distrikt Görlitz 117 M. 24 Pf., von einem Unbenannten 1 M., Magistrat Dobrycza 20 M. 50 Pf., Magistrat Betsche 5 M. 70 Pf., Magistrat Schwerenz 25 M., Magistrat Mirstadt 6 M. 15 Pf., Magistrat Jarotschin 16 M. 20 Pf., Magistrat Kurnit 15 M., Magistrat Kobylin 15 M., Distrikt Rawitsch 23 M. 50 Pf., Magistrat Dubin 15 M., Magistrat Punik 23 M. 85 Pf., Magistrat Bojanowo 20 M., Magistrat Czempin 8 M. 27 Pf., Magistrat Rawitsch 8 M., Gemeinde Gołtowko 2 M. 30 Pf., Fräulein Bielig in Rawitsch 6 M., Frau Justizrat Schulz in Rawitsch 3 M., gesammelt auf Schloss Sarne 10 M. 75 Pf., Herr Rath Hausleutner in Rawitsch 3 M., Fräulein Anna Hausleutner in Rawitsch 3 M., Frau Anna Schröder auf Sarne 30 M., Dr. Hauptmann Bieneck auf Kołoskowo 20 M., Elisabeth Bieneck auf Kołoskowo 1 M. 50 Pf., Dr. Bieneck 1 M., Käthe Bieneck 1 M., Dr. Kommerzienrat Pollack in Rawitsch 30 M., Dr. Baron v. Zedlitz in Sierakowo 10 M., Dr. Kaufmann Kortsch in Rawitsch 2 M., von einem Unbenannten aus Kobylin 50 Pf., von dem Vorstand des Vaterländischen Frauen-Vereins zu Posen 50 M., Distrikt Bojanowo 72 M. 20 Pf., aus Patowko 2 M. 20 Pf., aus Schmiegel 30 M., Distrikt Kröben 23 M. 95 Pf., Dr. Rosinsky in Groß-Strzelce 3 M., Dr. Raczyński in Groß-Strzelce 25 Pf., Dr. v. Stablewski auf Zaleśie 5 M., Dr. Syralowski auf Michalow 25 Pf., Dr. Cassius im Kloster Görlitz 1 M., Dr. v. d. Goltz in Orenzjewo 1 M. 50 Pf., Dr. Graf v. Mycielski auf Smogorze 3 M., Dr. Framke in Smogorze 50 Pf., Dr. Dölt in Gola 25 Pf., Dr. Holzer in Rostkowo 1 M., von einem Unbenannten in Siemow 50 Pf., Dr. Formanowicz in Siemow 25 Pf., Dominium Grabon 1 M., Dr. Röhr in Bodzemo 10 Pf., Dr. v. Scholz in Bodzemo 20 Pf., Dr. Rudolf Seidel in Bodzemo 3 M., Dr. Schmidt in Bodzemo 50 Pf., Dr. Matthes in Bodzemo 1 M. 50 Pf., Dr. A. Scholz in Bodzemo 25 Pf., Dr. Witte in Ziolkowo 50 Pf., Dominium Krajenice 3 M., Dr. Włodzimierz in Groß-Lenta 25 Pf., Dr. Schach in Groß-Lenta 25 Pf., Dr. Rosinski in Groß-Lenta 50 Pf., Dominium Czajkowo 3 M., Dominium Czajkowo 3 M., von einem Unbenannten aus Smolitz 1 M., Magistrat Kosten 51 M., Magistrat Dunn 26 M. 85 Pf., Summa 1120 M. 92 Pf.

Rawitsch, den 29. Dezember 1879.

Das Comité:

Graf Posadowsky, Bieneck, Königl. Landrat in Rawitsch, Hauptmann a. D. auf Rostkowo, Pallasse, Dr. v. Ast, Dr. Szwarz, M. Skwierczynski, Bürgermeister, Kaufmann, Kaufmann, Ackerbürger, in Görlitz.

Damen-Flanelle

zu Morgenkleidern in jedem beliebigen Quantum zu Fabrikpreisen Muster franco.

R. Rawetzky, Sommerfeld.

Das Geschäft der Posener Aktien-Brauerei-Gesellschaft „Feldschloß“ wird in seinem ganzen Umfange ununterbrochen fortgeführt.

Posen, den 6. Januar 1880.

Der Konkurs-Verwalter Samuel Haenisch.



Schleswig-Holsteinische Landes-Industrie-Lotterie zum Besten hülfsbedürftiger Schleswig-Holsteinischer Invaliden und unbemittelten Kranken.

25,000 Lose und 6250 Gewinne.

Ziehung der 2. Klasse am 14. Jan. 1880.

Hauptgewinne der 2. Klasse:

1 Mobilier, Werth 1568 M., 1 Mobilier, Werth 740 M., 2 Piano-forte, Werth à 720 M., 1 Schrank, Werth 380 M., 4 Gewinne: 1 gold. Herren-Aacreuh, Werth 584 M.

Kauflose à 2,25 Mark sind zu haben in der

Exped. d. Pos. Btg.



Freitag den 9. Januar
bringe ich wieder mit dem Frühzuge einen
großen Transport frischwellernder
Neubrücher Kühe nebst
den Kälbern

in Neubürgers Hotel zum Verkauf.

J. Klakow, Fleischlieferant.

Eis. Geldschränke
sind sehr billig zu verkaufen. Illustrierte Preislisten versendet gratis.
F. Maletzki, Kunstschorßer,
Breslau, Rosenthalerstraße 1a.



Schuhfabrik
von Temesvary Imre,
Budapest (Ungarn),
Nengasse 18.

empfiehlt für Damen hohe Zugstiefel aus Leder mit genagelten Sohlen, dauerhaft und elegant, für Herren: Wüchsleder-Zugstiefel mit dreifach genagelten und geschraubten Doppelsohlen, Lackleder M. 8.40. Schaftentstiel bis zum Knie reichend, aus wasserfestem Luchtenleder, mit dreifach genagelten und geschraubten Doppelsohlen, in Falten oder mit Schnallen, M. 16.70. Die selben aus Russisch-Lackleder M. 8.40. Schaftentstiel bis zum Knie reichend, aus wasserfestem Luchtenleder, mit dreifach genagelten und geschraubten Doppelsohlen, in Falten oder mit Schnallen, M. 16.70. Bestellungen werden gegen Geldeinsendung oder Nachnahme prompt erfüllt. Nicht Convenirendes umgetauscht. Ausführliche Preislisten gratis und franco zugesendet. Auf die Adresse bitte ich genau zu achten.

**Unser Dank für Heilung
der Schwindsucht.**

An einem starken Husten mit profusem, übelriechendem, eitrigem Auswurf und starkem Bluthusten leidend, wobei das Blut oft in starken Strömen hervorstürzt, bis zum Steilet abgemagert, von schlaflosen Nächten und fortwährendem quälenden Husten gemartert, wurde ich ein halbes Jahr lang von vielen Ärzten erfolglos behandelt; endlich erklärten mir dieselben, daß ich mich im letzten Stadium der Schwindsucht befände und keine Hoffnung für die Erhaltung meines Lebens da sei. In diesem verzweiflungsvollen Zustande reiste ich unter großen Qualen zu meinen Eltern, um wenigstens in ihren Armen zu sterben. Hier wurde mir die Kunde von den glücklichen Kuren des in Berlin (Schützenstraße Nr. 30) wohnenden prächtigen Arztes Dr. Reimann gegen diese Krankheit, ich wandte mich sogleich an denselben schriftlich und nach kurzer Kur war ich vollkommen wieder hergestellt.

Lehrer Kopsoh in Skerbowitz, Breslau.

Ein Landwirth

sucht zum 1. April oder später Stellung, wo er sich verheirathen kann. Selbiger ist von Jugend auf in der Wirthschaft, mit allen Fächern vertraut, 35 Jahre alt. Empfehlungen liegen zur Seite. Adr. sub F. P. 90 bef. Rudolf Moosse, Berlin W.

Ein jung, geb. Mädchen sucht v. 1. April Stellung in einem Geschäft anzunehmen; am liebsten Kurzwaren. Gef. öff. unt. W. 100 postl. Posen.

Ein Landwirth, praktisch gebildet, deutsch u. polnisch sprechend, 30 J. alt, gestützt auf gute Empfehlung, sucht vor 1. April oder später, wo er seinen eigenen Haushalt führen kann, dauernde Stellung. Gef. öff. sub S. A. postlag.

E. j. geb. Mädchen sucht Stell. als Stütze der Haushfrau, bei Kindern od. bei alleinst. äl. Leuten. Gef. öff. unt. C. M. Berlin, Postamt 39.

Eine große Auswahl anständiger Mädchen ist von sofort zu haben durch M. Bauer, St. Martin 67.

Ein mit der Buchführung vertrauter junger Mann, der deutsch, polnisch, russisch, französisch und englisch spricht und korrespondirt, sucht Stellung. Näheres bei Herrn Hellbronn, Graben 4.

Eine tüchtige Verkäuferin, welche auch der polnischen Sprache mächtig ist, findet bei hohem Salair sofort Stellung. Mit der Galanteriemaren - Branche vertraute erhalten den Vorzug.

Siegfried Warschaner, Wilhelmplatz 10.

Ein unverh.

Nutcher, am liebsten gewesener Kavallerist, findet 1. April 1880 Stellung in Eisenau bei Kurnif.

Ein unv. deutsch und polnisch sprechender militärfreier, energischer Wirtschaftsbeamter, 10 Jahre beim Fach, sucht, gestützt auf die besten Zeugnisse zum 1. April a. r. anderw. Stellung. Gef. offerten unter W. E. 80. postlagernd Groß-Graben i. Schl. erbeten.

Landwirth, verh., kinderlos, 30er, poln. sprech., auch aus letzter Stell., in der er s. 3 J. selbst wirthsch., warm empf., tückt. im Ackerbau u. Viehz., kräft. Constit., sehr fleißig und ordentl. — fürz ein passionirter Landwirth, dessen Frau event. dem Haushalt vorstehen kann, sucht unt. bescheid. Anpr. Stellung p. sof. od. spät. u. wird angelegerlich empfohlen durch v. Drwzki & Langner, Posen.

Auf eines mittelgroßen Gute Poens suche möglichst bald Stellung als Volontair.

H. Reicheldorf in Berßel b. Wasserleben a. Saar.

Familien-Nachrichten. Als Verlobte empfehlen sich: Rosalie Kaliska, Michaelis Jacob Wittkowo. Gnesen.

Heute früh 4 Uhr starb in Posen unser innig geliebtes Gretchen im Alter von 6 Jahren 2 Monaten an der Bräune. Die Beerdigung findet am 8. d. Nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Kreuzkirchhofes aus statt.

Baranow, den 6. Januar 1880.

Schlundt u. Frau.

Heute Morgen 19 Uhr verschied unser guter Vater, Schwiegervater und Großvater, der pensionirte Postbeamte

Gottlieb Hübner. Die Beerdigung findet Donnerstag den 8. d. Nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhaus, Schuhmacherstraße Nr. 16, aus statt.

Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Heute Morgen, 3. Jan. 80, 6 Uhr, entstieß sanft der Gutsbesitzer Carl Gustke.

in Szroda bei Kurnif — welches tief betrübt anzeigen die Hinterbliebenen.

Zugelassen ein br. Jagdhund. Zu erfragen bei Wally, Kanuplatz, Milkeller.

Männer-Turn- Verein.

Sonnabend, den 10. Januar er.: **Stiftungsfest** im Lambert'schen Saale.

Programm:
1. Concert.
2. Schauturnen.
3. Theater.
4. Tanz.
Anfang präzise 8 Uhr.

Nur durch Mitglieder eingeführte Gäste haben Zutritt.

Der Vorstand.

Verein junger Kaufleute in Posen.

Dienstag, den 13. d. Ms., Abends 8 Uhr, im Vereins-Lokale:

Ordentliche General-Versammlung. Der Vorstand.

Heute Eisbeine.

F. W. Mewes.

Mittwoch den 7. d. Eisbeine bei M. Smarzec, St. Adalbert 1.

Heute Eisbeine bei L. Pohl, Bronnerplatz 3.

Stadttheater.

Mittwoch den 7. Januar 1880.

3. Vorstellung im 4. Abonnement.

Zum 2. Male:

Die Augen der Liebe. Lustspiel in 3 Akten von Wihl. Hillern.

Worher:

Der Mädchen Waffen. Vorspiel in 1 Akt von R. Benedix.

Donnerstag den 8. Januar 1880.

Die lustigen Weiber von Windsor. Komisch-phantastische Oper in 3 Akten von O. Nicolai.